



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Aufsätze

„...in selten vorkommendem Grade verseucht...“ Paderborner Wassernöte am Ende des 19. Jahrhunderts

(Teil 2)

von Jörg Heger

Aspekte der Paderborner Wassernöte – Die zentrale Trinkwasserversorgung in den Jahren des Typhus

Auch in Paderborn traten immer wieder epidemische Krankheiten auf, unterschritten indes dabei bis in die 80er Jahre des 19. Jahrhunderts hinein das besorgniserregende Maß: Die Erkrankten stammten nur teilweise aus der Stadt selbst oder konnten geheilt werden.⁴¹ Dennoch versuchte die Stadt bereits in den 70er Jahren durch den Erlass von Polizeiverordnungen die „Beseitigung derjenigen miasmatischen Einflüsse, welche zur spontanen Entwicklung ansteckender Krankheiten geeignet sind, resp. deren Weiterverbreitung begünstigen“⁴², zu erreichen. Derartige Bestimmungen konnten allerdings nicht verhindern, daß die Zahl der (bekannt gewordenen) Typhuserkrankungen ab 1884/85 deutlich anstieg – ohne daß sich zwischen Einheimischen und Zugereisten differenzieren ließe –, einen ersten Höhepunkt 1885/86 erreichte und sich von da an auf relativ hohem Niveau stabilisierte.⁴³ Eine negative Zäsur schließlich erbrachten die Jahre 1893/94, in denen es zu einer regelrechten Erkrankungswelle kam: 188 Fälle

Vorgetragen im Rahmen des *Historischen Gesprächskreises* am 29.01.2002, für die engagierte Diskussion und die kritischen Hinweise sei den Teilnehmern gedankt.

- ⁴¹ So verweist SCHRÖDER, Wasserversorgung, S. 186f. darauf, daß es zwar 1881 eine erste für vier Ordensschwester tödlich verlaufende Häufung von Fällen der Flecktyphuserkrankung gegeben hat, doch diese Epidemie wurde durch Auswärtige in die Stadt getragen. Auch 1882 trat der Typhus im Kreis Paderborn „nur sporadisch“, innerhalb der Stadt selbst nur in einem Fall auf, vgl. dazu SCHULTZ-HENKE: General-Verwaltungs-Bericht über das Medizinal- und Sanitätswesen des Regierungsbezirks Minden für das Jahr 1882. Minden 1884, hier S. 27.
- ⁴² Abgedruckt bei HÜSER, Stadtgeschichte, S. 111. Fraglich ist an dieser Stelle jedoch, welche Bedeutung der Begriff „miasmatisch“ besitzt. Sollte er im engeren Sinne gebraucht sein, d.h. die Verbreitung bestimmter Krankheiten durch „schlechte Lüfte“ meinen, so wäre dies eine Erklärung für eine gewisse Indifferenz in der Frage der Abwassereinleitung.
- ⁴³ Dabei gilt es allerdings zu berücksichtigen, daß in den 80er Jahren im gesamten Regierungsbezirk Epidemien auftraten und ein deutliches Ansteigen der Mortalitätsrate festzustellen ist. Vgl. dazu HAGEMANN, Josef: Die große Kindersterblichkeit vor rund 100 Jahren im Amtsbezirk Borgentreich. In: Die Warte 56 (1987), S. 33–35, bes. S. 35. Schon in den 60er Jahren war eine Landstadt wie Salzkotten von der Cholera heimgesucht worden, 25 Menschen starben. Hierzu vgl. GROTHOF-HENZE, R: Die Cholera wütet in Salzkotten. In: Die Warte 15 (1954), S. 69f. Sowohl die Epidemien in Borgentreich als auch in Salzkotten waren durch mangelnde Hygiene und verseuchtes Wasser hervorgerufen worden, das in diesen Fällen allerdings aus Brunnen und Flußläufen entnommen wurde. Die Verhältnisse in Paderborn lagen also durchaus noch im Rahmen des „Üblichen“.

wurden registriert⁴⁴, die tatsächliche Zahl mag aufgrund der Dunkelziffer von nicht gemeldeten oder erkannten Krankheitsfällen noch höher gelegen haben.

Offensichtlich wurde dieser Anstieg ursächlich auf das Leitungswasser zurückgeführt, das durch die 1887/88 in Betrieb genommene Wasserkunst geliefert wurde. Der Verwaltungsbericht für das Geschäftsjahr 1893/94 mußte nicht nur konstatieren, daß „der Typhus am stärksten und zwar Mitte September 1893 auftrat“⁴⁵, darüber hinaus sah sich die Kommunalverwaltung zu einem Dementi gezwungen, um den Verdächtigungen des Leitungswasser entgegenzutreten. Denn obgleich zugegeben werden mußte, daß die „wirkliche Ursache der Seuche [...] nicht [habe] erkannt werden können“, könne es „jedoch [...] als festgestellt erachtet werden“, so hieß es apodiktisch, „dass das Leitungswasser die Krankheitskeime nicht in sich getragen hat.“

Unwiderrprochen blieb diese rabulistische Argumentation indes nicht, der „General-Bericht über das öffentliche Gesundheitswesen des Regierungsbezirks Minden für die Jahre 1892–1894“⁴⁶ dokumentiert, daß die Regierungsbehörde zu einem diametral entgegengesetzten Befund gelangt war: „die Tatsache, daß fast sämtliche infizierte Häuser der städtischen Wasserleitung angeschlossen waren, ließ von Anfang an diese um so mehr als gemeinsame Quelle der Krankheit vermuthen, als nur ganz vereinzelte Erkrankungen in solchen Häusern beobachtet wurden, die ihr Trinkwasser aus Brunnen entnahmen. Dazu kam, daß die sofort vorgenommene Untersuchung des Leitungswassers nur in chemischer Hinsicht befriedigend ausfiel, während die bakteriologische Untersuchung eine die zulässige Zahl weit überschreitende Zahl an Bakterienkolonien [...] ergab und daher auf die Verunreinigung desselben hindeutete.“

Für die städtischen Behörden ergab sich damit ein unmittelbarer Handlungsdruck, der sich zunächst auf die Beseitigung des bereits seit den 1850er Jahren bekannten baulichen „Uebelstand[es]“, d.h. die fehlende Einfassung der Trinkwasserquellen, bezog. „Außerdem wurde eine regelmäßige bakteriologische Untersuchung, nach den einzelnen Quellen getrennt, angeordnet [...]“. Neben diesen, auf unmittelbare Umsetzung abzielenden Anweisungen eröffnete die Regierung eine weitere, längerfristig umzusetzende Handlungsperspektive für ein ebenso altbekanntes, seitens der Mindener Regierung bereits seit Jahren wiederholt vorgetragenes Problem: „[U]m die Stadt aber vor ähnlichen explosionsartig auftretenden Epidemien auch für die Zukunft zu schützen, [sei] neben einer steten sorgfältigen Kontrolle der Wasserleitungen vor allem eine anderweitige Regelung der Abwasserverhältnisse erforderlich [...]“. Diese ließen in sanitärer Hinsicht, wie der Bericht weiterhin monierte, „sehr viel“ zu wünschen übrig. Einer dezidierten Handlungsanweisung indes enthielt sich die vorgesetzte Behörde in

⁴⁴ So die Auflistung im General-Bericht 1892–1894, S. 67; SCHRÖDER, Wasserversorgung, S. 186f., nennt hingegen nur 166 Fälle.

⁴⁵ Die Verwaltungsberichte für den Zeitraum von 1886–1895 finden sich im Sammelband StdtAPB A VI 4849.

⁴⁶ General-Bericht 1892–1894, S. 71f.; dazu auch MELZER, Historische Formen der Wasserversorgung, S. 76f.

diesem Fall: Eine angesichts der kontrovers diskutierten Frage der optimalen Abwasserentsorgung – der von Pettenkofer vertretenen These, daß eine kontrollierte Einleitung der Abwässer in die Flüsse sich nicht als gesundheitsschädlich für die Untieranlieger erweisen werde, stand die „Raubbau-Theorie“ Liebig's gegenüber, deren national-ökonomischer Impetus auf eine Nutzbarmachung der menschlichen Abgangsstoffe für die Landwirtschaft abzielte⁴⁷ – verständliche Zurückhaltung. Sie sollte indes dafür sorgen, daß der „Uebelstand“⁴⁸ einer fehlenden Abwasserentsorgung in Paderborn auch weiterhin auf der Agenda blieb und dort angesichts der zu erwartenden Kosten eines umfangreichen Kanalisationsprojektes auch verbleiben mußte.⁴⁹

Größeren Spielraum hingegen besaß die Stadt bei der Erfüllung der zweiten Forderung: Ende November 1892 bereits beschlossen die politischen Gremien der Stadt, in periodischen Abständen bakteriologische und chemische Untersuchungen des Leitungswassers durchführen zu lassen.⁵⁰ Kurz vor Ostern 1893 schließlich, also noch bevor die Typhusepidemie ihren Höhepunkt erreichen sollte, erhielt der Chemiker Volmer den Auftrag, „die für die Stadt nöthigen chemischen Arbeiten fortan zu übernehmen.“⁵¹ Das Dienstverhältnis, das noch im Mai 1893 auch auf „die hygienische Controlle der hiesigen Pumpbrunnen“ ausgeweitet wurde⁵², scheint gleichwohl bereits zu Beginn eine Störung erfahren zu haben, wie dem Schreiben Volmers vom August zu entnehmen ist: Das durch den Chemiker in Paderborn eigens errichtete Labor war nicht ausgelastet, zudem plante die Stadt, einen weiteren auswärtigen Chemiker zu

⁴⁷ Zu Fragen der Kanalisation und der verschiedenen Abwasserbeseitigungsmethoden bis zur Jahrhundertwende vgl. die Darstellungen bei KRABBE, Kommunalpolitik, S. 30–36; MÜNCH, Stadtthygiene, S. 45–48.

⁴⁸ So der Kreisarzt Benthaus in einem Schreiben an den Reg.Präs. in Minden vom 07.12.1902, StADT IP 684.

⁴⁹ HÜSER, Stadtgeschichte, S. 117f. Nur im Ükern- und Riemekeviertel war die Anlage von Abwässerkanälen weiter fortgeschritten. Vgl. dazu auch die Mitteilung Franckenbergs, die bei SCHRÖDER, Wasserversorgung, S. 175f. zitiert wird. Diese Problematik war aber weitverbreitet, wie bereits ein Beispiel aus der näheren Umgebung zeigt: So kam es in den 1890er Jahren zu einer juristischen Auseinandersetzung zwischen den Städten Herford und Bielefeld um den Bau einer Kanalisation in Bielefeld, durch die die Abwässer ungeklärt in Lutterbach und Aa geleitet worden und auch der Unteranlieger Herford in Mitleidenschaft gezogen worden wäre. Herford selbst kann als Beispiel dafür angeführt werden, daß mit Hilfe privater Initiatoren schon recht frühzeitig auch in kleineren Städten Abwassersysteme eingerichtet werden konnten. Zu Herford vgl. KRULL, Regine/ WINKLER, Heidrun: Der Herforder Untergrund: Kanalisation, Wasser, Gas und Strom. In: 1200 Jahre Herford. Spuren der Geschichte, hg. v. Th. HELMER-CORVEY u. Th. SCHULER. Herford 1989 (Herforder Forschungen 29), S. 437–480, hier S. 449–452; jetzt auch BÜSCHENFELD, Jürgen: „Der Fall einer außerordentlich großen Massenvergiftung von Fischen ...“ Gewässerverschmutzung in Herford 1880–1900. In: HJb für den Kreis Herford 2 (1994), S. 121–144.

⁵⁰ Acta betr. Wasseruntersuchungen: Außerordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 21.11.1892; Beschlußfassung des Magistrats vom 19.11.1892.

⁵¹ Diese Mitteilung Volmers vom August 1893 findet sich in der Akte 2905 des Paderborner Stadtarchivs – Medicinalwesen. Die Anstellung eines besonderen Chemikers behufs Untersuchung von Nahrungsmitteln, Brunnen p.p. (1893–1918).

⁵² Mitteilung Volmers an den Magistrat vom 02.05.1893, Acta betr. Wasseruntersuchungen.

beauftragen. Zwar waren die Einwendungen Volmers erfolgreich – so lehnte der Magistrat schon am 12. September die Einrichtung eines vom preußischen Innenministerium vorgeschlagenen „öffentlichen, chemischen Untersuchungsamtes zur Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln“ mit dem Hinweis ab, es sei „bereits an hiesiger Stelle ein Chemiker vorhanden“⁵³, entsprechende Überlegungen wurden indessen auch weiterhin diskutiert. Im Verlauf der Herbstmonate wurden – möglicherweise angeregt durch eine Mitteilung des Hygienischen Institutes in Kassel⁵⁴ – verschiedene Institute und „Städte in der Größe der Stadt P[aderborn]“⁵⁵ um weitere Informationen hinsichtlich der Einrichtung eines derartigen Untersuchungsamtes ersucht. Am 28.12.1893 wurde denn auch ein Beschluß gefaßt, der zur Einrichtung eines gemeinsamen chemischen Untersuchungsamtes der vier Kreise Büren, Höxter, Paderborn und Warburg geführt hätte. „Im Hinblick auf den Umstand aber, daß das neue Institut in die Stadt Warburg gelangt, mit der dortigen landwirtschaftlichen Schule in engste Verbindung gebracht, und dadurch mit den Interessen der Stadt Paderborn in Widerspruch stehen würde“, revidierte man diesen Beschluß jedoch bereits wenige Tage später.⁵⁶ Somit war die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens dieser vier Kreise, eines Erfahrungsaustausches, der gerade im Hinblick auf Fragen der Wasserqualität, der Hygiene und der Gesundheit um so notwendiger gewesen wäre, da Krankheitserreger sich bekanntlich nicht an Kreisgrenzen zu halten pflegen, vergeben worden. Zwar sind die Ursachen für das Scheitern dieses Projektes im Rückgriff auf den Magistratsbeschluß nicht zu eruieren, vermutet werden kann indes, daß Kompetenzstreitigkeiten hier eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben.⁵⁷ Stattdessen wurde nun beschlossen, ein eigenes Kreis-Untersuchungsamt unter der Ägide Volmers aufzubauen, die Fragen der technischen⁵⁸ und finanziellen Ausstattung⁵⁹ sollten jedoch dauerhaft Gegenstand der Auseinandersetzung bleiben.

Volmer selbst wird dabei kein schwerer Vorwurf zu machen sein. Seine Eingaben an den Magistrat bezeugen zwar, daß er seine eigenen finanziellen Interessen durchaus zu wahren wußte, ein solches Verhalten kann jedoch eher als ein Aspekt der Professi-

⁵³ Abdruck des Schreibens des Innenministeriums in Berlin vom 26.07. mit Bitte um Stellungnahme von Seiten des Paderborner Magistrats und einer Zusammenfassung des entsprechenden, ablehnenden Magistratsbeschlusses vom 12.09.1893, StdtAPB A 2905.

⁵⁴ Mitteilung des hygienischen Institutes zu Cassel an die Bürgermeisterämter und Polizeiverwaltungen der Stadt- und Landgemeinden vom Oktober 1893, StdtAPB A 2905.

⁵⁵ So der Magistratsbeschluß vom 14.11.1893, StdtAPB A 2905.

⁵⁶ Zusammenfassungen der entsprechenden Beschlüsse in StdtAPB A 2905.

⁵⁷ Erschwert wird diese Beurteilung noch dadurch, daß keine Mitteilungen über die Interessen der weiteren drei involvierten Kreise vorliegen.

⁵⁸ Vgl. etwa die Bitte Volmers vom 23.12.1894 um bestimmte technische Geräte, die zwar in Paderborn vorhanden waren, aber zumindest zeitweilig an anderer Stelle gebraucht wurden, StdtAPB A 2905. Ein gemeinsames Amt hätte die Möglichkeit der Entzerrung solcher Ausstattungsgengpässe geboten.

⁵⁹ Vgl. den Magistratsbeschluß vom 21.05.1895, Acta betr. Wasseruntersuchungen; weiterhin die Mitteilung Volmers an den Magistrat der Stadt am 15.04.1897, StdtAPB A 2905.

onalisierung im Umgang mit der Wassernot angesehen werden, als daß es a priori Verantwortungsbewußtsein bei der Wahrnehmung der ihm anvertrauten Aufgaben ausgeschlossen hätte. Deutlich wird dies, zieht man verschiedene Presseberichte aus dem Jahr 1893 hinzu und vergleicht diese mit den Äußerungen Volmers.

So veröffentlichten die beiden Paderborner Lokalblätter, das *Westfälische Volksblatt* und der *Paderborner Anzeiger*⁶⁰ immer wieder zum Teil recht umfangreiche Artikel, die sich mit der Paderborner Wasserversorgung, dem Ausbruch von Cholera und Typhus und insbesondere der Frage beschäftigten, ob und inwieweit ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Leitungswasser und den ausgebrochenen Epidemien des Jahres 1893 bestünde. Der *Paderborner Anzeiger* berichtete etwa in seiner Ausgabe vom 20. September 1893⁶¹ in sehr knapper Form, daß „[d]er Typhus [...] seit einiger Zeit in ganz ungewohntem Maße in unserer Stadt verbreitet“ sei. Die öffentlich diskutierte Vermutung, das Trinkwasser sei für den Ausbruch der Epidemie verantwortlich, habe nun jedoch durch „behördlich angestellte Untersuchungen“ widerlegt werden können. Diese hätten ergeben, „daß das Wasser frei von allen schädlichen Substanzen ist, wie es auch besonders bei dem Leitungswasser nicht anders zu erwarten war.“ Wie zum Beweis wurde vermerkt, daß das Wasser ohne an die Luft zu treten, abgefangen werde, Verunreinigungen, so der Tenor, seien damit auszuschließen. Unerwähnt blieb hingegen, daß ein zuverlässiger Schutz des Wassers bereits durch die unzureichende bauliche Absicherung der Quellen und Sammelbassins der städtischen Wasserleitung nahezu ausgeschlossen war.⁶² Klang in diesem Zusammenhang nochmals die überkommene Miasmentheorie an, so führte der Verfasser die Epidemie – dieser Begriff wurde bezeichnenderweise ebenso wenig verwendet wie „Seuche“ – gerade nicht auf verschmutztes Trinkwasser zurück: „Sollte der Grund in dem Genusse unreinen Obstes zu suchen seien, so wird der Typhus wohl zu bald verschwinden, indessen ist größte Aufmerksamkeit, besonders bei Kindern, empfehlenswert.“⁶³

Eine ganz analoge Tendenz zeigt sich auch in dem Artikel des *Westfälischen Volksblattes* vom 21. September 1893.⁶⁴ Es wurde zwar konstatiert, daß bis zum 19. September 1893 insgesamt „80 Fälle zur Anzeige gebracht“ wurden, doch ebenso prononciert

⁶⁰ Zu diesen beiden Presseorganen, die jeweils einen katholischen, später zum Zentrum hin tendierenden Standpunkt vertraten, siehe HÜSER, Stadtgeschichte, S. 129–131.

⁶¹ *Paderborner Anzeiger*, 7. Jg., Nr. 75, 20. September 1893.

⁶² Auf diese Problematik verwies die Mindener Regierung mehrfach; vgl. das Schreiben des Regierungspräsidenten v. Lüpke an den Landrat Jentsch vom 03.10.1892, StdtAPB A 3193; folgend das Schreiben der Polizei-Verwaltung an den Magistrat vom 02.11.1893, Acta betr. Wasseruntersuchungen.

⁶³ Mit derartigen Vermutungen stand der Verfasser jedoch keineswegs allein da. Auch in Salzkotten wurde die Choleraepidemie des Jahres 1866 auf den Verzehr des Obstes zurückgeführt. Der Pharmaziestudent Henze stritt in seinem Heimatort für die Anerkennung der Theorie Kochs und wurde dafür bespöttelt, doch letztlich konnte er sich durchsetzen. GROTHOF-HENZE, Cholera in Salzkotten, S. 69f. Somit hätte bekannt sein können, daß eine „Obsttheorie“ die Ursachen der Erkrankungen kaum erklären konnte.

⁶⁴ *Westfälisches Volksblatt*, 45. Jg., Nr. 260, 21. September 1893.

wurde im folgenden darauf verwiesen, daß es sich lediglich um typhusartige Erscheinungen gehandelt habe, über den Typhusverdacht hinaus sei „überhaupt“ noch nichts erwiesen, zudem sei bereits ein „großer Theil“ der Erkrankten wieder genesen. Schließlich hätten auch die „mit größter Vorsicht und in ausgedehntester Weise“ vorgenommenen chemischen Untersuchungen keinen Anlaß zu Bedenken gegeben, „vielmehr erwies sich gegen das Frühjahr noch [!] ein besserer Zustand des Wassers.“ Demgegenüber seien die hiesigen Zustände in der auswärtigen Presse „übertrieben“ dargestellt worden, weder durch solche Berichte noch durch die „Gerüchte, welche in der Stadt colportiert werden und auf Aufbauschung beruhen“, sollten sich die Leser, so wurde empfohlen, beunruhigen lassen. Zwar wurde hier das nicht zu leugnende, der Seuchencharakter der Erkrankungen konzediert, doch nur um die Situation zugleich zu entschärfen: Der „milde Charakter“ der Seuche lasse ihr baldiges Verschwinden erwarten, „wenn die Bürgerschaft die Behörden und die Aerzte in ihrem eifrigen Bestreben zur Abstellung unterstützt.“

Mit ihrer frühzeitig ausgesprochenen Entwarnung bildete die Paderborner Presse indes keine Ausnahme. Die publizistische Bewältigung der Situation kann vielmehr als Wiedergabe der offiziellen Position verstanden werden, wie sie vom Kreisphysikus auch gegenüber den Paderborner Ärzten⁶⁵ und wenige Tage darauf vor der in einer Sondersitzung zusammengekommenen Sanitätskommission⁶⁶ formuliert wurde.

Eine gewisse Dissonanz in diesem einheitlichen Lobgesang auf die Qualität des Paderborner Leitungswassers brachte nun jedoch das namentlich gegen die Berichterstattung des *Paderborner Anzeigers* gerichtete Schreiben des Chemikers Volmer an die Paderborner Polizeiverwaltung vom 20. September. Obgleich auch Volmer in seiner Funktion als Leiter des Kreis-Untersuchungsamtes sich außerstande sah, „einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem hier augenblicklich vorhandenen Typhus oder ähnlichen Erkrankungen und dem gesteigerten Keimgehalt des Wassers direkt nachzuweisen“, hielt er es „in dubio [...] für durchaus inopportun, wenn der Paderborner Anzeiger in einer heutigen Nummer durch vorzeitiges Anpreisen unseres Wassers die Bevölkerung zu dessen vertrauensvollen Genusse ohne Rückhalt geradezu auffordert.“⁶⁷ Bestärkt wurde Volmer in seinem Zweifel an der uneingeschränkt zu befürwortenden Verwendung des Paderborner Wassers auch durch den „heftigen Streit der Wassertheoretiker“ Robert Koch und Max v. Pettenkofer.⁶⁸

⁶⁵ Mitteilung des Kreisphysikus Dr. Georg an die hiesigen Ärzte vom 19.09.1893, Acta der Polizeiverwaltung zu Paderborn betreffend das Medicinalwesen: Typhus, Vol. II. StdtAPB A 3191.

⁶⁶ Sitzung der Gesundheitskommission vom 22.09.1893, StdtAPB A 1390.

⁶⁷ Bericht über die chemisch-hygienische Vorprüfung, Bericht über den bakteriologischen Befund vom 20. bzw. 21.09.1893, Acta betr. Wasseruntersuchungen.

⁶⁸ Zu den Hintergründen dieser Auseinandersetzung vgl. etwa EVANS, Tod, S. 618–638; v. SIMSON, Flußverunreinigungsfrage, S. 370–390, bes. 382–384; zuletzt auch WEYER VON SCHOULTZ, Martin: Die Gelsenkirchener Typhusepidemie und ihr gerichtliches Nachspiel. In: Stadt, Krankheit, Tod. Geschichte der städtischen Gesundheitsverhältnisse während der epidemiologischen Transition

Während dieser in den Cholera- und Unterleibstypusbazillen chemische Giftstoffe vermutete, die durch Verdünnung mit Flußwasser neutralisiert werden könnten, so daß es im Hinblick auf die Stadtreinigung und die angestrebte Verbesserung der hygienischen Verhältnisse sinnvoll und hinsichtlich der Rechte der Untieranlieger vertretbar erscheinen mußte, die Abwässer in die Flüsse, die sog. Vorfluter, einzuleiten, solange nur die Verdünnungsquote und die Fließgeschwindigkeit hoch genug waren⁶⁹, identifizierten Koch und die auf ihn zurückgehende „Berliner Schule“ im verschmutzten Wasser den Infektionsweg von Cholera, Milzbrand und Unterleibstypus. Diese Trinkwassertheorie hatte sich zwar „in den 1890er Jahren noch nicht universell durchgesetzt“⁷⁰, dennoch spiegelte sich etwa im Wirken der kgl. Wissenschaftlichen Deputation in Preußen bereits die Theorie Kochs wider.⁷¹

Vor dem Hintergrund dieser wissenschaftlich noch weithin offenen Fragestellung konnte Volmer der Verwendbarkeit des Wassers nicht uneingeschränkt zustimmen und empfahl daher, „zur Sicherheit [...] das Wasser zur Zeit von Epidemien nur in gekochtem Zustand zu geniessen“ – eine Position, die von der Sanitätskommission und der Polizeiverwaltung zunächst ebenfalls übernommen werden sollte.⁷²

Überformt wurde die wissenschaftliche Kontroverse in Paderborn zudem durch einen Kompetenzstreit der verschiedenen Verwaltungsbehörden und Körperschaften – mitunter nicht gerade die günstigste Voraussetzung für ein effizientes Verwaltungshandeln. Ohne den Magistrat einzubeziehen, beschloß die Sanitätskommission der Empfehlung des Regierungspräsidenten zu folgen und ein zweites Gutachten über die Qualität des Paderborner Leitungswassers bei der agrikulturchemischen Versuchsanstalt in Münster unter der Leitung von Professor Josef König einzuholen. Auf diesem Weg erhoffte man insbesondere, ein sicheres Ergebnis der bakteriologischen Untersuchung erhalten zu können – eine Kompetenz, die Volmer nach Ansicht der Behördenvertreter offensichtlich nicht besaß.⁷³ Dieser Schritt lag dabei durchaus nahe, hatte sich die Münsteraner Einrichtung doch unter der Ägide des auf dem Gebiet der Abwasser-

(vom 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert), hg. v. Jörg VÖGELE u. Wolfgang WOELK. Berlin 2000 (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 62), S. 317–335, hier S. 317–322.

⁶⁹ Ein weiteres Argument Pettenkofers war die bis heute in ihren Grundzügen gültige These von der Selbstreinigungskraft der Flüsse.

⁷⁰ v. SIMSON, Flußverunreinigung, S. 382.

⁷¹ Ebd., S. 384.

⁷² Sitzung der Sanitätskommission vom 22.09.1893, StdtAPB 1390; Schreiben der Polizei-Behörde an den Magistrat vom 22.09.1893, Acta betr. Wasseruntersuchungen.

⁷³ Schreiben der Polizeiverwaltung an Prof. Dr. König, Münster vom 07.10.1893. Der Magistrat wurde zwar bereits am 22.09. durch die Polizeiverwaltung über diesen Schritt in Kenntnis gesetzt, fühlte sich indes bei der eigentlichen Auftragsvergabe übergangen und erhob seinerseits ob dieser vermeintlichen Kompetenzverletzung eine entsprechende Beschwerde beim Landrat (Schreiben vom 17./24.10.1893), die von diesem am 14.12.1893 zugunsten der Polizeiverwaltung abgelehnt wurde. Bereits im Vorfeld waren bei der Beauftragung Volmers die Kompetenzen zwischen Magistrat und Polizeiverwaltung strittig geblieben, vgl. hier das Schreiben Volmers an den Magistrat vom 20.09.1893; dokumentiert ist der gesamte Vorgang in Acta betr. Wasseruntersuchungen.

untersuchung und -reinigung weithin als Experten anerkannten König zum „wichtigste[n] Umweltinstitut der Provinz“ Westfalen entwickelt, auf dessen Kompetenz die in ‚Umwelt‘- und Hygienefragen zunehmend überforderten Kommunalverwaltungen regelmäßig zurückgriffen.⁷⁴

Das Gutachten des renommierten Wissenschaftlers schien nun die in Paderborn vorhandenen Vorbehalte gegenüber den Ergebnissen Volmers zu bestätigen.⁷⁵ Es beinhaltete nicht allein eine explizite Kritik an dessen Methoden, sondern schloß überdies das Leitungswasser – mit einer geringen Einschränkung allerdings – als Ursache der Typhusepidemie aus: „Reines Quellwasser als Ursache von Infektionskrankheiten anzusehen, ist schon an sich verfehlt und unwahrscheinlich. Wenn das aber der Fall ist, so muß sich die Krankheit gleichmäßig über das ganze Gebiet verbreiten, welches das betr. Wasser braucht. Das ist aber meist nicht der Fall, so werden demnach nur einzelne Straßen und Häuser befallen, während andere verschont bleiben. Wie sich in dieser Hinsicht der jetzige Fall dort [d.h. in Paderborn] verhält, weiß ich nicht. Es ist aber kaum anzunehmen, daß ein Wasser von der Beschaffenheit der Paderborner Quellen Ursache des Typhus sein soll.“

Es kann nur vermutet werden, ob König nicht zu einem anderen Urteil hätte gelangen müssen⁷⁶, wäre ihm die „Verbreitung der Krankheitsfälle über die ganze Stadt“⁷⁷ bekannt gewesen. So aber schien die noch Anfang Oktober dem Regierungspräsidenten als „gemeinsame Quelle der Krankheit“ verdächtige städtische Wasserleitung forthin über jeden Zweifel erhaben, Volmer hingegen „widerlegt“ und als ‚Pannikmacher‘ desavouiert.⁷⁸

Dessen äußerst polemisch gehaltenes Gegengutachten blieb indessen wirkungslos.⁷⁹ Zwar konnte er auf die weiterhin bestehenden baulichen Mängel bei der Absicherung der Wasserreservoirs – und damit ein seitens der Regierung wiederholt vorgebrachtes Gravamen – ebenso verweisen wie auf die Untauglichkeit einer die lokalen Witte-

⁷⁴ Vgl. zur Bedeutung der LSV KÖNIG, J.: Die landwirthschaftliche Versuchs-Station in Münster i. W. in ihrer Entwicklung während der ersten 25 Jahre. Eine Denkschrift. Münster 1896, hier S. 1–6, nachfolgend zit. als KÖNIG, Versuchsstation; zuletzt BÜSCHENFELD, Flüsse, S. 142f.; GILHAUS, Schmerzenskinder, S. 400–403, das Zitat hier S. 402.

⁷⁵ Gutachten Königs vom 07.10.1893, Acta betr. Wasserversorgung; aufschlußreich für die von König eingenommene Position: DERS.: Maßnahmen gegen die Verunreinigung der Flüsse. Berlin 1903, hier S. 10ff.

⁷⁶ Nicht zu thematisieren ist an dieser Stelle das von König verwendete Verfahren, vgl. dazu allgemein BÜSCHENFELD, Flüsse, S. 179.

⁷⁷ Schreiben des Regierungspräsidenten v. Lüpke an den Landrat Jentsch vom 03.10.1893, StdtAPB A 3193.

⁷⁸ Vgl. den Magistratsbeschluß vom 10.10.1893 sowie das Schreiben des Magistrats an den Landrat vom 17./24.10.1893, in dem auf eine analoge ‚Verfehlung‘ Volmers verwiesen wird. Dieser habe „übrigens schon einmal vor mehren Jahren Sanitätskommission und Poliz.-Verwaltung durch angebliche Cloaken und den Zusammenhang mit den Brunnen der Stadt in unnöthige Aufregung versetzt.“

⁷⁹ Gutachten Volmers vom 17.10.1893, adressiert an die kgl. Regierung in Minden, hier zit. nach der dem Magistrat übergebenen Vorlage, Acta betr. Wasseruntersuchung.

rungsverhältnisse ausblendenden Ferndiagnose Königs, allein der Stil dürfte wenig zur Glaubwürdigkeit Volmers beigetragen haben. So mag der sarkastische Vorwurf, die städtischen Behörden hätten „den Brunnen, in welchen das Kind gefallen ist, endlich vorschriftsmäßig [zugedeckt] und dann erst einen auswärtigen Gutachter herbei[geholt], der letzteres bezeugt, ohne von dem vorhergehenden unterrichtet zu sein“, deren Vorgehensweise zutreffend charakterisieren, die Glaubwürdigkeit der Kommunalbehörden konnte Volmer auf diesem Wege jedoch nicht erschüttern.

Konsequenterweise meldeten die Paderborner Zeitungen denn auch in der zweiten Oktoberwoche Vollzug: Basierend auf höchster wissenschaftlicher Autorität und von Amts wegen beglaubigt erschien das Leitungswasser wieder als vollends vertrauenswürdig und mit gutem Recht dem Gebrauch der Paderborner zu empfehlen.⁸⁰

Entgegen der sich hier äußernden Beschwörung des „rein[en] und gut[en]“ Wassers⁸¹ blieb bei den Verantwortlichen offensichtlich ein gewisses Unsicherheitsgefühl zurück, das sich primär an der weiterhin ungeklärten Problematik der Abwasserentsorgung festmachen ließ: Angesichts der jüngsten Epidemie und gleichsam parallel zur ‚Trinkwasserfrage‘ sollte nun auch die Abwasserproblematik gelöst werden.⁸² Es galt „eine[r] allmähliche[n] Verjauchung des Untergrundes“ vorzubeugen, wenngleich, wie es einschränkend hieß, „vielleicht keine ungünstige Beeinflussung der Wasserleitungsquellen zu befürchten ist.“⁸³ Die gesetzliche Grundlage, um zum einen die undichten Abortgruben durch „gemauerte, wasserdichte und verdeckte“ zu ersetzen und zum anderen das private Entleeren dieser Gruben zu unterbinden, sowie den Abtransport und die Beseitigung in die öffentliche Verantwortung zu überführen, bildete die „Polizei-Verordnung vom 19. Oktober 1893 betreffend die Abortgruben“.⁸⁴ Deren Zielsetzung war eindeutig: Das virulente Problem der ebenso ungeliebten wie notwendigen Abortgruben sollte nun endgültig und einheitlich geregelt werden, Ausnahmen wurden demgemäß eng definiert, der Umgang mit den Gruben einer peniblen Regelung unterworfen. Auch wenn Bestimmungen wie Paragraph 2, der festlegte, daß die „[...] Abortgruben und Eimer [...] nicht bis über den Rand gefüllt werden [dürfen] und [sie] vor

⁸⁰ So wurde im Westfälischen Volksblatt vom 13.10.1893 eine Untersuchung des Wassers veröffentlicht, die zu dem Schluß gelangte, daß „sich nach dem chemischen wie bakteriologischen Befund nichts gegen die Wässer erinnern [lasse]; sie sind rein und gut.“ Ein nahezu identisches Urteil wurde in der gleichen Zeitung bereits einige Tage zuvor, am 09.10.1893 (45. Jg., Nr. 278), und damit unmittelbar nach Eintreffen des Gutachtens von König am 07.10. veröffentlicht.

⁸¹ Symptomatisch ist es in diesem Zusammenhang auch, wenn die Untersuchungsfrequenz herabgesetzt wird. Statt „mindestens zweimal wöchentlich“ (Schreiben des Reg.Präs. v. Lüpke an den Landrat Jentsch vom 03.10.1893, Acta betr. Wasserversorgung) sollten einzelne Quellen und Zapfstellen der Wasserleitung „künftig [...] nur bakteriologisch im Zwischenraum von 8 Tagen“ untersucht werden, die chemische Untersuchung sollte nur noch einmal erfolgen; vgl. Schreiben des Reg.Präs. v. Pilgrim an den Landrat Jentsch vom 10.11.1893.

⁸² Dazu SCHRÖDER, Wasserversorgung, S. 192f.

⁸³ Schreiben des Landrates Jentsch an den Reg.Präs. v. Pilgrim vom 16.10.1893, StdtAPB A 3193.

⁸⁴ Diese Polizeiverordnung findet sich in der Sammlung: Polizei-Verordnungen, Ortstatute, Regulative, etc. der Stadt Paderborn. Paderborn 1894, S. 83ff.

jedem Ausfließen des Inhalts zu bewahren“ seien, heute merkwürdig überflüssig anmuten, dürfen sie doch als instruktive Hinweise auf mehr oder minder weit verbreitete Zustände gelesen werden.⁸⁵

Ganz offensichtlich hatte die Epidemie doch eine gewisse Wirkung entfaltet, die Stadt ergriff nun in Einzelbereichen die Initiative, um die schlimmsten Mißstände zu beseitigen. Daß die Stadt als Ordnungsmacht eingreifen und Geld- oder Haftstrafen androhen mußte, wirft zudem ein bezeichnendes Licht auf das Hygiene- und Umweltverständnis vieler Einwohner, diese mußten offenbar zur Einhaltung bestimmter, auch zum damaligen Zeitpunkt bereits unstrittiger Grundregeln der Hygiene gezwungen werden. Damit aber schreibt die Polizeiverordnung auch ein Stück Mentalitätsgeschichte: Einem gestiegenen Problembewußtsein, einer Veränderung der Wahrnehmung von Schmutz, stand eine noch immer weitverbreitete Indifferenz in Fragen der Hygiene gegenüber.

Die zunehmende Problemsensibilisierung der Behörden manifestierte sich auch in den nun im zweiwöchigen Turnus vorgenommenen Untersuchungen des Leitungswassers. Die vorliegenden Gutachten⁸⁶ zeugen von einer zunehmenden Professionalisierung hinsichtlich der Wassergüteuntersuchungen, man gewann Routine im Umgang mit der Frage der Wasserreinheit. Dies wiederum setzte eine bestimmte Infrastruktur, ein technisches und begriffliches Instrumentarium und nicht zuletzt eine Vorstellung bestimmter Kriterien voraus, nach denen die Wasserqualität bestimmt werden sollte.

In einem ersten Abschnitt wurden von Volmer diejenigen Wetterbedingungen dokumentiert, die am Tag der Wasserentnahme selbst und während des zwischen der aktuellen und der vorhergehenden Untersuchung liegenden Zeitraumes herrschten. Zusätzlich hielt er die Zahl der Keime und separat die der Faulkeime fest, die er an den Quellen der Wasserkunst und an einem Zapfhahn der Wasserleitung fand. Um etwaige äußere Einflüsse als Fehlerquelle der Messung ausschließen zu können, wurden im Laboratorium selbst noch einmal Kontrollmessungen durchgeführt. Abschließend folgte eine Beurteilung der Wasserqualität, das maßgebliche Kriterium bildete dessen Verwendbarkeit als unmittelbar zu konsumierendes Trinkwasser.

Dieses Untersuchungsergebnis wurde von Volmer zumeist auf die während der Untersuchungsperiode vorherrschenden Witterungsbedingungen zurückgeführt. Für die am 25.12.1895 entnommene Wasserprobe etwa gelangte er in seinem Gutachten zu dem Ergebnis, daß die „Quellen [...] wiederum einen gar nicht abzustreitenden Parallelismus mit den Witterungsverhältnissen [zeigen]. Da die geringen Niederschläge der

⁸⁵ In diese Kategorie gehört auch § 5: „das Befriedigen der natürlichen menschlichen Bedürfnisse auf öffentlichen Strassen, Plätzen, Wegen, allen Gassen, Eckwinkeln, an der Strasse liegenden Bauplätzen und Höfen ist verboten, auch sind die Höfe von sonstigem Unrath stets rein zu halten.“

⁸⁶ Die Gutachten sind in der städtischen Akte betreffend die Brunnenpumpen und Wasserleitungen, deren Untersuchungen auf gesundheitsschädliche Substanzen, Vol. II (1896–1929), StdtAPB A 2904 gesammelt.

letzten Woche in Folge des anhaltenden Frostes den Quellen kein Schmelzwasser zuführten, und die übereisten, keimreichen oberen Erdschichten daher nicht ausge- laugt wurden, so zeigt sich sofort ein sehr geringer Keimgehalt in der Quellprobe. Der höhere Gehalt der Leitungsproben an Keimen erklärt sich durch das in Folge des Fros- tes bewerkstelligte Außerbetriebsetzen der öffentlichen Laufbrunnen und Hydran- ten.“⁸⁷ Neben den primären Witterungsbedingungen trat folglich noch ein weiterer, davon abhängiger Faktor hinzu und beeinflusste die Wasserqualität: Offenbar erwies sich das Leitungssystem selbst als ein permanenter Risikofaktor, da „Circulation in der Stadtleitung [...] nur zur Verhütung einer Keimvermehrung hinreichend, aber nicht zur Verminderung geeignet“⁸⁸ war.

Auch des ursächlichen Wirkungszusammenhanges zwischen einer von außen ein- dringenden Verunreinigung und dem gefährlichen Auftreten der Keime im Leitungswasser war sich Volmer bewußt, wenn er für die anschließende Untersuchungsperiode konstatierte, daß das Ergebnis der Untersuchung „in hohem Grade bezeichnend für die Herkunft der Keime durch direkte Einschwemmung der keimreichen Schmutzstof- fe in die Quellen“ sei.⁸⁹ Im Untersuchungsbericht für den Zeitraum vom 28.02.–14.03. konnte dieser Ursache-Wirkungszusammenhang schließlich weiter konkretisiert wer- den: In dem insgesamt nur „ziemlich befriedigenden Ergebnis“ fand er „wiederum eine Bestätigung der Annahme, daß die Schmutzstoffe nicht etwa aus der Ferne (Eller- bach etc.), sondern aus der Stadt selbst stammen, daß also unsere Quellen von Natur rein sind, aber vor seitlichen Einflüssen, die aus dem näherliegenden Stadtterrain stammen, nicht geschützt sind.“⁹⁰

Damit aber rückt die städtische Umwelt in den Mittelpunkt des Interesses. Zwar fällt der Begriff „Umwelt“ an dieser Stelle nicht, dennoch artikuliert sich in aller Deut- lichkeit ein in der Krisensituation entstandenes ‚Umweltbewußtsein‘, ein Verständnis für die Gefährdung der menschlichen Existenz durch die drohende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Zwar wies Volmer der Natur noch keinen eigenständigen Wert zu, dennoch ging seine Einsichtsfähigkeit weit über das bisher in den Quel- len deutlich gewordene Maß hinaus. Zudem lehnte er dezidiert alle Versuche ab, die Beeinträchtigung des Wassers auf Eingriffe außerhalb Paderborns zurückzuführen und somit die Stadt und ihre Bewohner auf Kosten des Umlandes zu exkulpieren – eine, wie sich am Beispiel der Paderborner Presse zeigen ließ, keineswegs selbstverständliche Reaktion.

⁸⁷ Wasseruntersuchung vom 03.01.1896 bezogen auf den Zeitraum bis zum 28.12.1895, StdtAPB A 2904.

⁸⁸ So mußte Volmer für die Untersuchungsperiode vom 14.–28.1.1896 eine „bedenkliche Menge an Fäulnisbakterien“ konstatieren; vgl. die Wasseruntersuchung für den Zeitraum vom 14.–28.01.1896, StdtAPB A 2904.

⁸⁹ Wasseruntersuchung vom 19.02.1896, StdtAPB A 2904.

⁹⁰ Wasseruntersuchung vom 22.03.1896, StdtAPB A 2904.

Mit dieser Auffassung konnte sich Volmer indes gegenüber der Paderborner Sanitätskommission nicht durchsetzen, erneut wurde Prof. König zum Zweitgutachter bestellt.⁹¹ In einem Schreiben an die Stadt vom 11. April 1896 stellte dieser – freilich ohne Namen zu nennen – nicht nur generell die Befähigung der Chemiker in Frage, eine wissenschaftlich fundierte Wasseruntersuchung durchzuführen, von erheblicher Relevanz für die Paderborner Auftraggeber dürfte vor allem sein Resümee gewesen sein, daß sich „weder gegen die chemische Zusammensetzung noch gegen den bakteriologischen Befund [des Quellwassers in Paderborn] etwas sagen lasse.“⁹² Mit Verweis darauf, daß es „bis jetzt nicht oder nur vereinzelt mit Sicherheit gelungen [sei], die Typhusbazillen in einem Grund- oder Quellwasser überhaupt nachzuweisen“, galt die „Streitfrage“ um die Qualität des Paderborner Leitungswassers für den Experten als „erledigt“, den zuständigen Stellen verbleibe nunmehr die Aufgabe, „zur Mitentscheidung einen Bakteriologen vom Fach, nicht aber einen ungenügend vorgebildeten Dilettanten heranziehen zu wollen“⁹³ – eine boshafte Spitze, die sicherlich auf Volmer abzielen sollte.

Den unmittelbaren Anlaß für den Briefwechsel zwischen dem Magistrat der Stadt und der Münsteraner Autorität König bildete eine erneute Typhusepidemie. 1895 war die Anzahl bekannt gewordener Krankheitsfälle zwar zurückgegangen, doch diese Entspannung der Lage sollte nicht von Dauer sein. Schon 1897/98 stieg die Zahl der registrierten Fälle geradezu dramatisch an: 45 gegenüber 2 Fällen für den Berichtszeitraum 1896/97 waren aktenkundig geworden.⁹⁴ In einer solch kritischen Situation konnte es nicht verwundern, wenn – wie der *Paderborner Anzeiger* in seiner Ausgabe vom 21. September 1898 registrieren mußte – „[u]nsere Wasserverhältnisse [...] seit kurzem das Hauptgesprächsthema in allen Gesellschaften“ geworden sind.⁹⁵ Mit der ansteigenden Zahl der Erkrankungen scheint auch das Leitungswasser wieder in Verdacht geraten zu sein. „Die Erkrankungen werden vielfach“, so vermeldete der Artikel weiter, „auf das Wasser zurückgeführt, trotzdem chemische Untersuchungen dargethan haben, daß dasselbe keinerlei schädliche Bestandteile enthält. Von den vier an verschiedene Chemiker gesandten Proben sind drei als vollständig gut befunden, die vierte nicht ganz als einwandfrei, aber direct schädlich auch nicht.“ Nähere Aufschlüsse über Art und Weise der Untersuchung und eine detaillierte Analyse der Ergebnisse bot der Bericht hingegen nicht, er setzte vielmehr die schon 1893 erprobte Strategie

⁹¹ Beschluß der Sanitätskommission vom 18.04.1895 (StdtAPB A 1390), eine Auflistung der Gutachten und der daraus entstandenen Kosten liegt StdtAPB A 2905 bei; vgl. auch die Aufstellung in KÖNIG, Versuchsstation, S. 56.

⁹² StdtAPB A 2904.

⁹³ So König in einem Schreiben an die Polizeiverwaltung vom 27. 04.1896, StdtAPB A 2904.

⁹⁴ Siehe dazu die Auflistung bei SCHRÖDER, Wasserversorgung, S. 187; eine ausführliche Untersuchung der Epidemie von 1898 legte der Hygieniker Gärtner 1902 vor; vgl. GÄRTNER, A.: Die Quellen in ihrer Beziehung zum Grundwasser und zum Typhus. In: *Klinisches Jb* 9 (1902), S. 335–496, hier für Paderborn S. 434–454.

⁹⁵ *Paderborner Anzeiger*, 12. Jg., Nr. 76, 21.09.1898.

der Beruhigung fort. In einer absurden, schon nur mehr zynisch zu nennenden Rechnung wird die Zahl derer, die das Leitungswasser getrunken haben, ohne Symptome der Krankheit zu zeigen, mit der geringen Mortalitätsrate kontrastiert: „Paderborn hat jetzt eine Civilbevölkerung von ca. 22 000, von der die große Mehrzahl das Wasser stets genutzt hat, was soll dem gegenüber die geringe Zahl der Erkrankungsfälle und erst recht der Sterbefälle?“

Ob dieser Art der Berichterstattung tatsächlich ein bewußter Täuschungsversuch zugrunde lag oder ob hier nicht der Zustand einer idealisierten Vergangenheit auf die eigene Gegenwart projiziert und deren Unzulänglichkeit eher unbewußt überdeckt wurde, kann nicht mit letzter Sicherheit entschieden werden, zu berücksichtigen bleibt jedoch, daß der *Paderborner Anzeiger* durchaus Grund hatte, die behauptete Kausalität zwischen Wasser und Typhusepidemie zu bezweifeln. Der Experte König verwarf die noch immer nicht eindeutig verifizierte Theorie Kochs und bestärkte den politisch Verantwortlichen, den damaligen Bürgermeister Plassmann, in seiner Annahme, das Paderborner Wasser könne nicht für den Ausbruch der Epidemie verantwortlich sein.⁹⁶ Dabei wurden alternative Erklärungsansätze innerhalb der städtischen Gremien durchaus diskutiert, ohne daß indessen entsprechende Handlungsoptionen entwickelt worden wären. Folgerichtig setzte sich innerhalb der städtischen Kollegien die Auffassung durch, „dass die Quellen unserer Leitung unter einer undurchlässigen Schicht hervorkommen, sodass eine Verunreinigung durch Schmutzstoffe aus der Stadt sehr unwahrscheinlich ist.“⁹⁷

Nach dem damaligen Wissensstand „unwahrscheinlich“, aber eben nicht völlig ausgeschlossen. Zudem wurde dieser herrschenden Auffassung in Paderborn – etwa durch Volmer – dezidiert widersprochen. Die mangelnde Kenntnisnahme entsprechender Untersuchungsergebnisse aber führte zur Ausbildung einer kaum mehr kritisch hinterfragten Sicherheit, die Handlungsalternativen und ein konsequentes Vorgehen gegen die gleichwohl erkannten Defizite als überflüssig erscheinen lassen mußte.⁹⁸ Plassmann benannte die Probleme zwar, doch im Vertrauen auf längst schon nicht mehr unstrittige Prämissen wurde deren Lösung ausgesetzt, die Frage nach Handlungsalternativen blieb ausgespart. So ist es schließlich symptomatisch für diese Politik der trügerischen Hoffnungen, wenn die eigene Verantwortung vom wichtigsten politischen Repräsentanten der Stadt an andere Stellen delegiert wurde. Die Möglichkeit, daß durch menschliche Versäumnisse die natürlichen Lebensgrundlagen wie sauberes Trinkwasser gefährdet würden, konnte auch Plassmann mitunter nicht mehr ausschlie-

⁹⁶ Ein Teil des Briefwechsels Plassmann-König vom Herbst 1898, gesammelt in der Akte StdtAPB A 2904, ist abgedruckt bei SCHRÖDER, Wasserversorgung, S. 184ff.

⁹⁷ Vgl. den Brief Plassmanns an König vom 21.11.1898, zit. nach SCHRÖDER, Wasserversorgung, S. 185f., hier S. 185.

⁹⁸ So verlor auch die weiterhin bestehende Problematik der undichten Abortgruben an Virulenz, „[w]enn aber eine undurchlässige Schicht oberhalb des Quellwassers ist, können diese Verhältnisse [d.h. die undichten Abortgruben u.ä.] dem Wasser nicht schaden“, vgl. ebd., S. 186.

Ben, diese Verunreinigung aber konnte nicht in den städtischen Verhältnissen ihre eigentliche Ursache haben, möglich erschien nur, „dass aus den Dörfern bei Grundsteinheim Krankheitserreger in das hiesige Quellwasser gelangen.“⁹⁹

Es ist diese Form einer nicht allein als Oberflächenphänomen zu begreifenden mentalen Erstarrung, die die lange währende Kontinuität der Wasserversorgung erklärt. Das aus der frühen Neuzeit überkommene Prinzip der Versorgung mit Trinkwasser, welches direkt und ohne aufbereitet zu werden, den Flüssen entnommen wurde, existierte nicht nur fort, sondern wurde sogar noch ausgebaut, die Menge des durch die städtische Leitung abgegebenen Wassers stieg signifikant an¹⁰⁰, obgleich dessen Verunreinigung nicht mehr ausgeschlossen werden konnte.

Eine zunehmende Professionalisierung wurde vorrangig auf dem Feld der Diagnostik, bei der Erstellung von Wassergutachten erreicht: Mit Beginn des Jahres 1907 erhielt die Stadt das Angebot des Chemikers Fritz Schreiber.¹⁰¹ Dieser teilte dem Magistrat mit, daß er „beabsichtige in Paderborn ein Laboratorium zur Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln, sowie Gebrauchsgegenständen“ zu errichten, falls der Magistrat einen derartigen Vertrag mit ihm abschließen wolle. Schreiber trat jedoch kaum als Bittsteller auf, er konnte darauf vertrauen, „seitens der Regierung weitestgehende Förderung zu erhalten“. In Minden bestand offenbar das Interesse, die Untersuchung der Lebensmittel und des Trinkwassers in verschiedenen Kreisen der Region einheitlich zu regeln und ein Institut mit allen dort zu erledigenden Untersuchungen zu betrauen. Obgleich dieses projektierte Institut unter privater Ägide geführt werden sollte, wurde Schreiber bedeutet, daß er damit rechnen dürfe, die Untersuchungen sowohl in Paderborn als auch in weiteren nördlichen Kreisen durchführen zu können. Eventuell wollte man auf diese Weise versuchen, die 1894 gescheiterten Pläne zur Einrichtung eines von verschiedenen Kreisen gemeinsam getragenen chemischen Laboratoriums doch noch zu verwirklichen. Neben der Protektion durch die kgl. Regierung in Minden konnte Schreiber auch auf die hervorragenden Beurteilungen durch seinen bisherigen Arbeitgeber verweisen, der ihm attestiert hatte, ein „zuverlässiger Analytiker [zu sein], mit allen chemischen, mikroskopischen und bakteriologischen Arbeiten [vertraut]“¹⁰². Ausgestellt wurde dieses Zeugnis durch den Professor an der kgl. Universität und Vorstandsmitglied der Versuchsstation Dr. König. Somit bekam Paderborn nun tatsächlich nach Beilegung der offensichtlich obligatorischen Vertrags-

⁹⁹ Ebd., S. 186. Tatsächlich ging auch Gärtner in seiner erst 1902 publizierten Studie von einer Übertragung des Typhus über das Wasser aus. Ob dieses jedoch innerhalb der Stadt verunreinigt worden sei oder die Krankheitserreger über unterirdische Wasserströme zugeführt worden seien, mußte auch er weiterhin offenlassen.

¹⁰⁰ So stieg die Wasserabgabe zwischen 1894/95 und 1895/96 um etwa 18,6% an. Vgl. dazu die Darstellung bei GRAHN, Städtische Wasserversorgung, S. 265.

¹⁰¹ Mitteilung F. Schreibers an den Paderborner Bürgermeister Plassmann vom 20.01.1907, StdtAPB A 2905. Zu diesem Zeitpunkt war Schreiber Oberassistent an der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt für die Provinz Westfalen in Münster.

¹⁰² Zeugnis für Fritz Schreiber vom 08.10.1906, StdtAPB A 2905.

schwierigkeiten den bereits seit einem Jahrzehnt geforderten „Bakteriologen vom Fach“,¹⁰³

Will man ein erstes Zwischenresümee hinsichtlich der Frage ziehen, wie sich in Paderborn die hygienischen Verhältnisse im Bereich der zentralen Trinkwasserversorgung insbesondere in den epidemisch markanten 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts entwickelt haben, so läßt sich den Behörden und Konsumenten ein evidenter Mangel an Einsichtsfähigkeit attestieren. Dies allein als Resultat fehlenden positiven Wissens anzusprechen, dürfte zu kurz greifen, schließlich wurden vereinzelte Zweifel artikuliert und es gab Versuche, die als unhygienisch erkannten Zustände zu verändern. Eine kritische Auseinandersetzung mit tradierten Lösungswegen der Wasserver- und der Abwasserentsorgung wurde unter den Bedingungen der gesundheitlichen Verhältnisse jedoch noch nicht erzwungen. Nur in wenigen Ausnahmefällen wurden diese Zweifel an der Sauberkeit des Wassers tatsächlich auch in Handlungen umgesetzt, und nur ganz vereinzelt sind Verantwortliche wie Volmer bereit gewesen, dieses Nicht-Wissen auch einzugestehen. Eine attentistische Grundposition, der Wunsch, an den bekannten Vorstellungen des guten und reinen Wassers festhalten zu können, und nicht zuletzt die wirkungsmächtige Überzeugung, daß eine ‚Eintrübung‘ der Verhältnisse nur auf eine außerhalb des eigenen Identifikationsraumes zu suchende Ursache zurückzuführen sein könne, verhinderten ein konsequentes Vorgehen gegen die gleichwohl manifesten Unzulänglichkeiten.

Die Verhältnisse an den Paderborner Brunnen

Das Leitungssystem garantierte indes keine flächendeckende Versorgung der Stadt mit Trink- und sonstigem Brauchwasser. Bis in die 1920er Jahre hinein erwiesen sich die Paderborner Brunnen als eine ebenso notwendige¹⁰⁴ wie problematische weitere Versorgungsart, die einer regelmäßigen Kontrolle bedurfte.¹⁰⁵ Das Problembewußtsein der Kommunal- und Polizeibehörden beschränkte sich dabei nicht auf die öffentlichen Brunnen. Auch nachdem mit dem Geschäftsjahr 1893/94 keine öffentlichen Pumpen mehr in Betrieb waren¹⁰⁶ und die Zahl der Hausanschlüsse der Wasserleitung signifikant zunahm¹⁰⁷, wurden die Kontrollen der nunmehr ausschließlich privaten Brunnen fortgesetzt und Ende der 1920er Jahre sogar nochmals intensiviert.¹⁰⁸ Anhand der vorliegenden Gutachten muß die Qualität des an den Brunnen geförderten Trinkwas-

¹⁰³ Siehe dazu den zwischen Schreiber und der Stadt abgeschlossenen Vertrag vom 14.05.1907, StdtAPB A 2905.

¹⁰⁴ Vgl. die Hinweise im General-Bericht 1892–1894, S. 111.

¹⁰⁵ So wurden beispielsweise 1891/1892 insgesamt 117 öffentliche und private Brunnen untersucht; vgl. das Protokoll zur Sitzung der Sanitätskommission vom 14.04.1893, StdtAPB A 1390.

¹⁰⁶ Verwaltungsbericht der Stadt Paderborn für das Geschäftsjahr 1893/94, S. 49.

¹⁰⁷ Vgl. hier auch den General-Bericht 1892–1894, S. 114.

¹⁰⁸ So lassen sich für die letzten zwei Monate des Jahres 1927 insgesamt 32 Untersuchungsberichte nachweisen. Bezeichnenderweise blieben lediglich zwei Brunnen unbeanstandet, die übrigen sollten entweder sofort oder auf absehbare Zeit geschlossen werden, StdtAPB A 2904.

sers im allgemeinen als schlecht eingeschätzt werden¹⁰⁹, ein derart drastisches Urteil wie sie die eingangs bereits vorgestellte Untersuchung aufwies, blieb keineswegs eine Ausnahmeerscheinung oder auch nur auf das 19. Jahrhundert beschränkt. So gelangte der für Paderborn zuständige Bakteriologe noch 1912 bei der Untersuchung eines Brunnens in der Krämerstraße zu einem selbst im Wortlaut vergleichbaren Urteil, als er befand, daß „[d]as Wasser [...] vollständig unbrauchbar als Trink- und Gebrauchswasser [sei], es unterscheide[...] sich durch nichts von dem Wasser der Abwasserkanäle.“¹¹⁰ Auch erwies sich die gesundheitsgefährdende Qualität des aus verunreinigten Brunnen gewonnenen Trinkwassers bis in die 20er Jahre hinein oftmals nur als ein Symptom einer allgemeinen hygienischen Verwahrlosung, Häuser mit verschmutzten Trinkwasserbrunnen stellten sich den Beobachtern in diesem Sinne als ‚hygienische Brennpunkte‘ dar.¹¹¹

Dort, wo das Eingreifen der Behörde die an einem privaten Brunnen herrschenden hygienischen Verhältnisse zum Gegenstand öffentlichen Interesses machte, konnte sich auch das Verhalten der Anwohner, der Brunnennutzer, als zunehmend problematisch erweisen. Das Spektrum der nicht erst aus heutiger Perspektive erklärungsbedürftigen Verhaltensweisen im Umgang mit dem potentiellen Gesundheitsrisiko Brunnenwasser reichte von der illegalen Wiederöffnung eines aus gesundheitspolitischen Erwägungen geschlossenen Brunnens¹¹², über die ausdrückliche Bitte, einen typhusverdächtigen Brunnen dennoch nutzen zu dürfen¹¹³, bis hin zur Klage „einer Reihe“ von Brunnenbesitzern und -interessenten gegen die Verfügung der Stadt Paderborn, aufgrund derer ihre typhusverdächtigen Brunnen zuvor geschlossen worden waren.¹¹⁴

Ohne daß die hygienischen Verhältnisse an den Paderborner Brunnen durch diese nur knapp skizzierten Beispiele auch nur annähernd zu erfassen wären, zeigt sich doch bereits, daß die städtischen Behörden und die Brunnennutzer in der ‚Brunnenfrage‘ mitunter von kaum zu vereinbarenden Prämissen ausgingen. Während die Behörden auf die pädagogische Wirksamkeit des ‚Schockeffekts‘¹¹⁵ vertrauten und den eventuell

¹⁰⁹ Zu solch pauschalen Urteilen gelangen auch die General-Berichte für die Jahre 1889–1891, S. 118 und 1892–1894, S. 111. Zu berücksichtigen bleibt indes, daß in der Regel ohnehin lediglich die auffällig gewordenen Brunnen erfaßt wurden, entsprechende statistische Aussagen die tatsächlichen Verhältnisse an den Brunnen nur unvollständig wiedergeben.

¹¹⁰ Das Zitat stammt aus dem Untersuchungsbericht betreffend des Brunnens in der Krämerstraße 12, vom 15.2.1912.; zu vergleichbaren Urteilen siehe etwa die Untersuchungsberichte vom 20.02.1896 (Grundstück A 245); 15.10.1907 (Kleppergasse 5); 07.06.1909 (Hathumarstraße 14), StdtAPB A 2904.

¹¹¹ Vgl. etwa das Gesuch der Bewohner des Hauses Hathumarstraße 10 an den Magistrat vom 17.10.1922, StdtAPB A 2904.

¹¹² Vgl. die Mitteilung der Ortspolizei vom 22.02.1896 über einen entsprechenden Fall in der Stückerstraße, StdtAPB A 2904.

¹¹³ So das Gesuch des Maurers Thiele an die Stadt vom 15.12.1920, StdtAPB A 2904.

¹¹⁴ Über die Häufung der Brunnenschließungen und die nachfolgenden juristischen Auseinandersetzungen berichtet das Westfälische Volksblatt vom 29.11.1920, 71. Jg., Nr. 290.

¹¹⁵ So wurde den Kreisärzten geraten „Das Vorhandensein dieser Verunreinigungen [der Brunnen durch Abortgruben] womöglich augenscheinlich zu machen und den Beweis für die Richtigkeit

bis zur Anordnung der Schließung des Brunnens und Zwangsanschluß des betreffenden Gebäudes¹¹⁶ an die städtische Wasserleitung reichenden Eingriff mit gesundheitspolitischen Erwägungen rechtfertigten, mußte ein entsprechendes Vorgehen bei den Brunnenbesitzern auf Skepsis stoßen. Das läßt sich als Ausdruck eines ebenso notwendigen wie verfestigten Habitualisierungseffektes verstehen, setzte doch der Umgang mit verschmutztem Wasser eine gewisse Akzeptanz derartiger Verhältnisse voraus und förderte sie zugleich. Daneben konnte eine behördliche Intervention als Bruch gewachsener Traditionen, eine Verfügung zur Schließung eines Brunnens auch als Beendigung der eigenen ökonomischen Unabhängigkeit aufgefaßt werden.¹¹⁷

Will man die hier lediglich angedeuteten unterschiedlichen Verhaltensweisen im Umgang mit den Trinkwasserverhältnissen an den Paderborner Brunnen genauer erfassen, so ist man auf Einzelfälle verwiesen. Zwei in den einschlägigen Akten gut dokumentierte Vorgänge aus den 1880er Jahren sollen nachfolgend betrachtet werden.

Vom gesundheitsschädlichen Wasser und sonstigen schlechten Flüssigkeiten – Kategorien des Verwaltungshandelns am Beispiel des Brunnens in der Weberstraße

„Der öffentliche Brunnen in der Weberstraße hat, weil derselbe gesundheitsschädliche Wasser führt, polizeilich geschlossen werden müssen.“ Auf den ersten Blick scheint diese lakonische Mitteilung der Polizeiverwaltung an den Magistrat der Stadt vom Juni 1885¹¹⁸ in aller Prägnanz einen ebenso gerechtfertigten wie erfolgreichen Eingriff zur Abwendung einer gesundheitlichen Gefährdung widerzuspiegeln. Tatsächlich aber findet sich in diesem Zusammenhang weder ein Hinweis auf die zukünftige Wasserversorgung der Weberstraße noch auf die bereits allzu problematische Geschichte dieses Brunnens.¹¹⁹

Bereits 1863 hatte ein Vertreter der Brunnenbesitzer die Behörden der Stadt über die offenkundige Verschmutzung des Brunnens durch ungehindertes Einströmen von Regenwasser vermischt mit Mistjauche in Kenntnis gesetzt. Verantwortlich dafür

der Vermutung zu führen und auf diese Weise die zweifelnden Interessenten nicht nur zu überzeugen, sondern auch willfähriger zur Abstellung der Mißstände zu machen.“ Schreiben des Reg.Präs. an die Kreisärzte vom 30.04.1905, Acta betreff die Ableitung von Spüljauche (1877–1906), STaD IP 1580.

¹¹⁶ Zu entsprechenden Anordnungen der Sanitätskommission siehe beispielsweise das Protokoll der Sitzung vom 10.07.1896, StdtAPB A 1390.

¹¹⁷ Aufschlußreich ist in diesen Zusammenhang das Schreiben des Paderborner Bürgers Sander vom 09.11.1894, StADT IP 684.

¹¹⁸ Dieses und die folgenden Zitate stammen aus der Mitteilung der Polizei-Verwaltung an den Magistrat der Stadt Paderborn vom 22.06.1885. Die Hinweise zum Magistratsbeschluß vom 23.06.1885 finden sich in einem Randvermerk zu dieser Mitteilung, StdtAPB A 907.

¹¹⁹ Die Vorgänge sind dokumentiert bei SCHRÖDER, Wasserversorgung, S. 26f. Der betreffende Brunnen befand sich im gemeinsamen Besitz einer Interessentengemeinschaft. Deren finanzielle Unterstützung durch die Stadt in den 30er und 60er Jahren hatte noch keine Auswirkungen auf die Besitzverhältnisse.

machte er das zerstörte Straßenpflaster im Brunnenbereich, für dessen Unterhalt jedoch die Stadt aufkommen mußte.¹²⁰ Die Reaktion der Behörden war nicht unproblematisch: Erst 1868 wurde ein städtischer Zuschuß für eine verbesserte bauliche Absicherung des Brunnens gewährt, ohne daß auf diese Weise die tatsächliche Ursache der Verschmutzung behoben worden wäre, wie sich 1885 zeigen sollte, als die polizeiliche Untersuchung ergab, „daß die Verunreinigung des Wassers durch abfließende Jauche aus Dungstätten des Nachbarn herbeigeführt ist.“¹²¹ Zwar läßt sich der polizeilichen Mitteilung nicht entnehmen, ob die Behörde selbst die Initiative ergriffen oder erst auf eine entsprechende Anzeige hin gehandelt hatte, evident ist jedoch die mit der letztlich angeordneten Schließung des Brunnens verfolgte Zielsetzung: Es war die Abwehr gesundheitsgefährdender Risiken, die einen so weitreichenden Eingriff in die privaten Besitzstände gestattete.

Die weitere Vorgehensweise der Behörden läßt sich mit diesem Grundsatz allerdings kaum vereinbaren. In dessen Konsequenz hätte eine Verlegung und Sicherung der für die Ungenießbarkeit des Wassers ursächlich gewordenen Dunggrube oder aber zumindest eine dauerhafte Schließung des Brunnens gestanden. Gerade diese Alternative jedoch war ersichtlich nicht die Lösung, die innerhalb der Behörden ungeteilte Zustimmung fand. Es ist vielmehr anzunehmen, daß im Hinblick auf die Notwendigkeit, die Wasserversorgung in der Weberstraße aufrecht zu erhalten, eine andere Handlungsweise präferiert wurde. So schlug der zuständige Stadtbrunnenmeister Banmann vor, den Brunnen mittels „fettem Thon“ abzudichten, ein Vorschlag, der auch bei Polizeiverwaltung und Magistrat Unterstützung fand.¹²²

Wie notwendig demgegenüber die Entwicklung eines schlüssigen Alternativkonzeptes gewesen wäre, sollte sich bereits wenige Wochen später erweisen, da der zuständige Stadtbrunnenmeister die Unzulänglichkeit der bisherigen Lösungsversuche eingestehen mußte.¹²³ Zwar sei der Brunnen nun „mit fettem Thon umgeben. Trotzdem wird das

¹²⁰ Tatsächlich befand sich das Paderborner Straßennetz bis in das 19. Jh. hinein in einem selbst für die Zeitgenossen beklagenswerten Zustand. Die meisten Straßen waren ungepflastert, „[n]otwendige Reparaturen wurden jahrelang nicht ausgeführt.“ Ab 1820 wurden die wichtigsten Straßen neu oder erstmals gepflastert, diese Baumaßnahmen zogen sich bis in die 40er Jahre. Finanziert wurden sie durch das Pflastergeld, das als öffentliche Taxe bis 1841 an den Stadttoren eingezogen wurde. Dazu MARON, Wolfgang: Vom Ende des Fürstbistums bis zur Gründung des Deutschen Reiches (1802–1871). In: Paderborn. Geschichte der Stadt in ihrer Region, Bd. 3: Das 19. und das 20. Jahrhundert. Traditionsbindung und Modernisierung, hg. v. Karl HÜSER. Paderborn u.a. 1999, S. 3–100, hier S. 40f. Einige instruktive Hinweise, die zwar den Zustand des ersten Jahrzehnts des 19. Jh.s beschreiben, aber dennoch zumindest für zahlreiche Nebenstraßen auch darüber hinaus gegolten haben dürften, finden sich bei KEINEMANN, Friedrich: Das Hochstift Paderborn am Ausgang des 18. Jahrhunderts. Verfassung, Verwaltung, Gerichtsbarkeit und soziale Welt. 1. Teilband. Bochum 1995 (Dortmunder Historische Studien 10), S. 275.

¹²¹ Schreiben der Polizeiverwaltung an den Magistrat vom 22.06.1885, StdtAPB A 907.

¹²² Mitteilung der Polizeiverwaltung an den Magistrat vom 22.06.1885; Beschluß des Magistrats vom 23.06.1885, StdtAPB A 907.

¹²³ Schreiben des Stadtbrunnenmeisters Banmann an den Magistrat der Stadt Paderborn vom 07.07.1885, StdtAPB A 907.

Eindringen schlechter Flüssigkeiten dadurch nicht verhindert werden können [...].“ Banmann führt den Mißerfolg der von ihm initiierten Maßnahme insbesondere auf den schlechten baulichen Zustand des Brunnens zurück, dessen Fortexistenz von ihm jedoch weiterhin nicht in Frage gestellt wurde. Er offerierte dem Magistrat vielmehr einen gegenüber dem ersten Lösungsversuch nur wenig modifizierten Ansatz, für dessen Realisierung er vor allem auf das Argument der Kostenersparnis verweisen konnte: Der Brunnen sollte nun mit einem Stein umschlossen, und so vor dem Eindringen der ominösen schlechten Flüssigkeiten geschützt werden. Auch dieser Vorschlag wurde ohne genauere Untersuchung durch den Magistrat gebilligt¹²⁴, bildete allerdings noch keineswegs die endgültige Lösung der langwierigen Brunnenfrage. Es muß überdies fraglich bleiben, ob selbst die nachfolgende Zementierung des Brunnens geeignet war, die Trinkwasserqualität auf Dauer sicherzustellen¹²⁵, schließlich enthält der gut dokumentierte Vorgang keinerlei Hinweise auf eine Verlegung der Dungstätten, auch wurde die Gefahr der völligen Grundwasserverseuchung, gegen die eine Zementierung der Brunnenwände kaum eine angemessene Maßnahme gewesen sein dürfte, nicht thematisiert.

Das Verhalten der Behörden blieb somit widersprüchlich: Zwar erschien eine Übernahme der durch die zahlreichen Nachbesserungsarbeiten erheblich angestiegenen Kosten notwendig¹²⁶, doch zu einer grundlegenden strukturellen Veränderung, die einer latenten Verseuchung des Grundwassers vorgebeugt hätte, gelangte man nicht. Die Entscheidungen über die konkreten Fragen der Wasserversorgung vor Ort wurden zentral in der Magistratssitzung, damit aber auch ‚am grünen Tisch‘ und in Abhängigkeit von den Vorarbeiten der subsidiären Beamten getroffen. Sowohl bei diesen als auch in den schließlich entscheidungsrelevanten Gremien fehlte aber offensichtlich das notwendige Wissen um die komplexen Zusammenhänge des natürlichen Wasserhaushaltes. Symptomatisch für diese Problematik ist die Wortwahl, mit welcher der Zustand des Wassers beschrieben wurde. Während man es zu Beginn noch unmißverständlich als „gesundheitsschädlich“ einstufte, wurde später lediglich von „schlechten Flüssigkeiten“ gesprochen – eine Verschiebung der Bewertungskategorien, die auch das letztlich ungenügende Handeln des Magistrats geleitet haben dürfte.¹²⁷

¹²⁴ Der Beschluß des Magistrats vom 13.07.1885 findet sich wiederum als Randnotiz zu dem Schreiben Banmanns.

¹²⁵ Schreiben des Stadtbrunnenmeisters Banmanns an den Magistrat vom 10.11.1885 und Bemerkung zum entsprechenden Magistratsbeschluß vom 26.11.1885, StdtAPB A 907.

¹²⁶ Während der ursprüngliche Kostenvoranschlag Banmanns vom 07.07.1885 (StdtAPB A 907) noch von 82 Mark ausging, fielen im November Kosten von 94 Mark an, zuzüglich der Kosten für die bis dahin bereits ausgeführten, untauglich gebliebenen Arbeiten.

¹²⁷ Die Verantwortlichkeit der Anwohner wird dadurch selbstverständlich nicht gemindert. In noch deutlicherem Maße wird das Versagen gerade der traditionellen Brunnengemeinschaften am Beispiel des Brunnens vor dem Westertor ersichtlich, vgl. dazu die ausführliche Dokumentation der Vorgänge bei SCHRÖDER, Wasserversorgung, S. 41–46.

Von ekelhaften Gedanken und langen Schwätzereien – Überlegungen zur Wahrnehmung von Verschmutzung und Zuschreibung von Verantwortlichkeit am Beispiel des Brunnens auf der Französischen Neustadt

Als ein besonders markantes Beispiel der Paderborner Wassernot am Ausgang des 19. Jahrhunderts kann der Brunnen auf der Französischen Neustadt gelten, läßt sich doch hier der Fokus auf die unmittelbar Betroffenen richten und aufzeigen, in welcher Weise sie auf die evidente Verschmutzung des von ihnen genutzten Brunnens reagierten.¹²⁸

Die ‚Schmerzgrenze‘ der unmittelbar Betroffenen lag dabei offensichtlich hoch, dies läßt sich zumindest einem Gesuch entnehmen, das einzelne Nutznießer des Brunnens an die Stadt gerichtet hatten. Als Zeugin für die erheblich beeinträchtigte Qualität des dort geschöpften Wassers wurde eine Anwohnerin angeführt, die 23 Jahre hindurch das immer wieder stark verunreinigte Wasser genutzt oder doch zumindest keinen Versuch unternommen hatte, diesen Mißstand beheben zu lassen.¹²⁹ Verständlich wird dieses ‚bemerkenswerte‘ Verhalten, berücksichtigt man die näheren Umstände der Wasserversorgung in diesem aus lediglich zwölf Häusern bestehenden Außenbezirk Paderborns.¹³⁰ Wie die Anwohner in ihrem Gesuch an den Magistrat vom 18. Juli 1874 hervorhoben, existierte zu diesem Zeitpunkt „[a]uf der ganzen französischen Neustadt [...] nur ein einziger Brunnen“.¹³¹ Aus Sicht der Anwohner erschien es folglich „[a]us doppelter Rücksicht [...] wünschenswerth, daß dieser Brunnen gereinigt und mit einem Ringe versehen würde; um erstens bei vorkommender Feuersbrunst Wasser in der nächsten Nähe zu haben und zweitens, um den Einwohnern daselbst, die genöthigt sind das Wasser weit zu holen, eines der nöthigsten Lebensbedürfnisse zu gewähren.“¹³² Die Bitte um Löschwasser, aber auch um sauberes Trinkwasser wird als eine „billige und gerechte“ angesehen, zumal die Stadt als Besitzerin auch für die Unterhaltung des Brunnens verantwortlich zeichne.

Artikulierte sich hier ein bereits deutlich ausgebildetes Bewußtsein um die Gefährdung der menschlichen Existenz, wenn das Lebenselement Wasser fehlt oder verunreinigt ist, so wird man das Verhalten der Anwohner nicht in erster Linie auf ein erschreckendes Maß an Indifferenz oder Bequemlichkeit zurückführen können; es war vielmehr die auch in quantitativer Hinsicht mangelhafte Trinkwasserversorgung, wel-

¹²⁸ Dieser Vorfall ist dokumentiert in der Akte des Bürgermeisteramts zu Paderborn betreffend die Brunnen und Pumpen, betreffend den Brunnen auf der französischen Neustadt (1874–1892), StdtAPB A 906 und der Akte betr. den Abfluß aus Viehställen auf öffentliche Wege etc., StADT IP 688.

¹²⁹ Diese Erklärung einer Frau Schäfers ging zeitgleich mit dem ersten Gesuch aller Brunnennutzer vom 18.07.1874 bei der Stadt ein, eine weitere Erklärung stammt vom 20.03.1876.

¹³⁰ Eine anschauliche Beschreibung der Topographie findet sich zu Anfang des Schreibens der Witwe Bannenbergs an die kgl. Regierung in Minden vom 09.05.1876, StADT IP 688.

¹³¹ Schreiben vom 18.07.1874, StdtAPB A 906.

¹³² Ebd.

che eine langjährige Akzeptanz und Nutzung des verschmutzten Wassers nahezu unumgänglich machte.

Mitunterzeichnerin dieses ersten Gesuchs war auch eine Witwe Bannenberg. Als Besitzerin der sich in unmittelbarer Nähe des Brunnens befindenden Abortgrube hatte sie sich dabei zu deren Verlegung verpflichtet.¹³³ Um „die Arbeiten behufs Reinigung resp. Instandsetzung des Brunnens auf der französischen Neustadt [...] in Angriff“ nehmen zu können, so konstatierte der zuständige Polizeikommissar am 30. Juli, sei die Witwe Bannenberg als Eigentümerin gehalten, „nunmehr ihre Dungstätte schleunigst beseitigen resp. an eine andere Stelle verlegen zu lassen.“ Dieses schien zunächst auch völlig unproblematisch zu sein. „Die W[itwe] Bannenberg versprach mir“, so konnte er zufrieden vermelden, „die Verlegung der Düngergrube unverzüglich ausführen zu lassen.“¹³⁴ Bekräftigt wurde diese Zusage noch am 11. September, da sich die Betroffene bereit erklärte, ihre „Düngergrube in der Weise zu verlegen, daß eine Verunreinigung des an meinem Hause befindlichen Brunnens durch dieselbe daraufhin nicht mehr möglich ist.“¹³⁵

Zwei Dinge sind nun bemerkenswert: Erschien die Verlegung der Grube noch im Juli als – mitunter nur zeitweilig notwendige – Maßnahme, um die beschlossenen Säuberungs- und Instandsetzungsarbeiten durchführen zu können, so ergab sich im September eine wesentlich andere Situation. Nun war die Grube als Quelle der Verunreinigung ausgemacht, allein aus diesem Grund sollte sie verlegt werden. Allerdings unternahm die Witwe Bannenberg entgegen ihrer mehrfach erneuerten Zusicherungen nichts, damit noch vor dem nahenden Wintereinbruch die Arbeiten am Brunnenschacht beginnen konnten.

Tatsächlich scheinen die weiteren Auseinandersetzungen, aber auch die Arbeiten während des Winters 1874/75 geruht zu haben, die nächste Nachricht in dieser diffizilen Frage stammt erst vom 22. Februar des Folgejahres.¹³⁶ Frau Bannenberg erneuerte zu diesem Zeitpunkt zwar ihre prinzipielle Bereitschaft vom September, gleichzeitig jedoch nahm sie eine bedeutende Modifizierung vor. Sie sei „auch noch heute erbötig, dieselbe zu verlegen“, beantrage jedoch, so gab sie zu Protokoll, „daß zunächst der Brunnen resp. die Pumpe [...] völlig hergestellt wird und wenn das Wasser dann unrein ist oder einen schlechten Geschmack bekommen sollte“ und sie diese Anzeichen bemerke, „dann will ich“, so ließ sie verlauten, „die Verlegung der Düngergrube sofort bewirken.“ Solange dies allerdings nicht geschehen sei, müsse sie sich gegen die Verlagerung der Grube „entschieden verwahren“. Ganz offensichtlich währte sich die Witwe Bannenberg mit ihrer Position im Recht und scheute konsequenterweise auch vor einer Konfrontation mit den Ordnungsbehörden nicht zurück.

¹³³ So noch in ihrem Schreiben an die kgl. Regierung in Minden vom 09.05.1876, StADT IP 688.

¹³⁴ Schreiben des zuständigen Polizeikommissars vom 30.07.1874, StdtAPB A 906.

¹³⁵ Polizeiliche Erklärung der Witwe Bannenberg vom 11.09.1874, StdtAPB A 906.

¹³⁶ Erklärung der Witwe Bannenberg vom 22.02.1875, StdtAPB A 906.

Der hygienische Mißstand war während des Winters somit unverändert geblieben, die dafür Verantwortliche jedoch hatte ihr Verhalten deutlich korrigiert. Überzeugt davon, daß ihre Dunggrube nicht ursächlich mit der Verschmutzung des Brunnens zusammenhänge und vermutlich nicht zuletzt auch mit Blick auf die für sie entstehenden Kosten einer Verlegung¹³⁷, verweigerte sie jede Kooperation oder stellte doch zumindest Forderungen, deren Erfüllung das ursprüngliche Verhältnis umgekehrt hätten. Durch ihre Vorleistungen hätte die Stadt quasi beweisen müssen, daß die Dunggrube den soeben wiederhergestellten Brunnen erneut verunreinigen konnte. Der Erfolg dieser Verzögerungstaktik lag indessen auf der Hand, denn im Laufe des Jahres 1875 kam es zu keiner Lösung dieser verfahrenen Situation, lediglich der Brunnen selbst wurde gereinigt.

Erst zu Beginn des folgenden Jahres wurde dieser Stillstand aufgebrochen durch die Aussage verschiedener Anwohner, daß der Brunnen schon seit längerer Zeit mit der betreffenden Dunggrube „in Verbindung“ gestanden habe. Infolgedessen, so die Zeugen dieser evidenten und uns heute erschreckenden Verschmutzung weiter, sei das dortige Wasser bis zu der letztthin erfolgten Reinigung „ganz dick“ gewesen, habe „braun ausgesehen“, zudem sei „ein übler Geruch“ von ihm ausgegangen. „Aus diesem Grunde, da das Wasser seiner Seits einen solch üblen Geruch hatte, war der Brunnen ganz in Verfall geraten.“ Die Beschwerdeführenden waren infolgedessen zeitweilig gezwungen, das Wasser aus einem entfernten Brunnen zu holen.¹³⁸

Obleich keine wissenschaftlich fundierte Untersuchung dieses „Augenscheinurteil“ verifiziert, wirft es dennoch ein bezeichnendes Licht auf die herrschenden hygienischen Zustände, aber auch auf die Art und Weise, wie die Verantwortlichen und Betroffenen damit umgingen. Den Brunnennutzern war die Ursache bekannt, die Verantwortliche indes nicht willens, die Verlegung der Grube durchführen zu lassen, so daß die betroffenen Anwohner diesen Zustand über einen längeren Zeitraum hinnehmen mußten.

Nun jedoch forderten sie Konsequenzen: Die Witwe Bannenberg sollte angehalten werden, die Grube zu verlegen.¹³⁹ Erst auf diesen Vorschlag hin wurde von seiten des Polizeikommissars angeordnet, daß Frau Bannenberg ihren Abort binnen einer Frist von 14 Tagen in ihren Garten, in „eine genügende Entfernung von dem Brunnen“ zu verlegen habe, wobei die Definition des „genügenden“ Sicherheitsabstandes offenbar der Betroffenen anheimgestellt werden sollte.¹⁴⁰

Diese aber zeigte erneut wenig Einsicht und ließ sich auch durch die angedrohte „energisch[e]“ Reaktion der Behörden nicht beeindrucken. Sie weigerte sich jedoch

¹³⁷ Daß der finanzielle Aspekt für die Verweigerungshaltung keine unerhebliche Rolle gespielt haben dürfte, zeigt sich noch im Schreiben der Witwe Bannenberg an die kgl. Regierung in Minden vom 06.05.1876, StADT IP 688.

¹³⁸ Erklärung der Witwe Schäfers und weiterer Anwohner vom 30.03.1876, StdtAPB A 907.

¹³⁹ Erklärung der Anwohner vom 30.03.1876, StdtAPB A 906.

¹⁴⁰ Polizeiverfügung Nr. 857 vom 10.04.1876, StdtAPB A 906.

nicht einfach, der Verfügung nachzukommen, sondern konterte ihrerseits mit einem Gegengutachten, das vom Apotheker Brandt und dem „rühmlichst bekannten, auch von der Stadtbehörde bei ähnlichen Arbeiten wiederholt verwendeten Geologen Glidt“¹⁴¹ erstellt wurde. Mit diesem Gutachten, in dem nun die These vertreten wurde, daß aufgrund der im Wasser nur spärlich gefundenen Stoffe, darunter „am allerwenigsten Jauche“, die von der Stadt unterstellte Verunreinigung „durch den Erdboden“ eine „absolute Unmöglichkeit“ darstelle und demgegenüber aus der langjährigen Vernachlässigung durch die Brunnengemeinschaft resultieren müsse, versuchte die Witwe Bannenberg zuerst gegenüber der Stadt Paderborn und – als ihr dies nicht gelang – schließlich auf dem Weg einer Beschwerde bei der Regierung in Minden den wissenschaftlich fundierten Beweis ihrer Unschuld an der Brunnenverunreinigung anzutreten.¹⁴²

Erst als sich die Mindener Regierung trotz des durch die Witwe Bannenberg betriebenen Aufwandes der Argumentation der städtischen Behörden anschloß und in der Verunreinigung des Brunnens durch die „ekelerregend“ nahe Dunggrube die eigentliche Ursache seines nachfolgenden Verfalls identifizierte¹⁴³, konnte die langwierige Auseinandersetzung schließlich entsprechend der unmißverständlichen Anweisung, „nunmehr ohne weitere Verzögerung die Witwe Bannenberg energisch zur Beseitigung der Dungstätte anzuhalten“, beendet werden.¹⁴⁴

Der Fall des Brunnens auf der Französischen Neustadt zeigt nicht allein, daß die betroffenen Anwohner mangels vorhandener Alternativen auch über längere Zeiträume auf ihnen zumindest verdächtig erscheinende Wasserquellen zurückgreifen mußten, ebenso aufschlußreich ist die Auseinandersetzung für das Beharrungsvermögen der Verursacher derartiger Verunreinigungen. Dabei zeichnete sich die Witwe Bannenberg nicht einmal durch eine übermäßige Ignoranz den vorhandenen Problemen gegenüber aus, auch wird man ihr Verhalten kaum als „lange [...] Schwätzerei“¹⁴⁵ qualifizieren können. Allein der Umstand, daß sie ihre Position mit einem Gutachten wissenschaftlich zu untermauern versuchte und damit auf das Instrumentarium zurückgriff, dessen sich ihre Kontrahenten in den Paderborner Behörden bedienten, zeigt mit welchem

¹⁴¹ So die Witwe Bannenberg in ihrem Schreiben an die kgl. Regierung in Minden vom 06.05.1876, StADT IP 688.

¹⁴² Das Gutachten selbst findet sich in den betreffenden Akten nicht, es wird jedoch von der Witwe Bannenberg sowohl in ihrem Schreiben an die Stadt vom 18.04.1876 (StdtAPB A 907), als auch in ihrer Eingabe bei der Regierung in Minden vom 06.05.1876 (StADT IP 688) ausführlich zitiert.

¹⁴³ Vgl. das Schreiben des Bürgermeisters, der von dem „ekelhaften Gedanken“ der unmittelbaren Nähe von Brunnen und Abort sprach, an die kgl. Regierung in Minden vom 18.05.1876, daraufhin der ablehnende Bescheid der Regierungsbehörde an die Witwe Bannenberg vom 26.05.1876, StADT IP 688.

¹⁴⁴ So die Anweisung der kgl. Regierung an die Stadt Paderborn vom 26.05.1876. Im Juni 1876 wurde die Grube mit Bauschutt aufgefüllt, vgl. die Mitteilung des Polizeiwachtmeisters Granthoff vom 03.06.1876, StdtAPB A 906; zur weiteren Entwicklung des Brunnens vgl. SCHRÖDER, Wasserversorgung, S. 32.

¹⁴⁵ So jedoch der Tenor des an die kgl. Regierung gerichteten Schreibens des Paderborner Bürgermeisters vom 18.05.1876, StADT IP 688.

Aufwand und taktischem Geschick¹⁴⁶ die Auseinandersetzungen um die Paderborner Wassernöte geführt werden konnten.¹⁴⁷

Versuch eines Resümees

Tatsächlich gelöst wurden die Paderborner Wassernöte indessen nicht, zu bruchstückhaft, zu unwissenschaftlich – will man bewußt eine anachronistische Bewertungskategorie anbringen – blieb das Wissen auf Seiten der lokalen Experten, politischen Entscheidungsgremien und nicht zuletzt der Bevölkerung, zu unsicher auch die Einschätzung der Gesamtsituation angesichts eines ungeklärten Forschungsstreites. Den Umstand jedoch, daß Pettenkofer und Koch bzw. ihre Schulen noch immer um die Ursachen der Epidemien stritten – Krankheiten, die die Städte doch ohnehin seit Menschengedenken heimgesucht hatten, so mag man eingewendet haben –, ist den damaligen Entscheidungsträgern nicht zuzurechnen, ebenso wenig wie das ‚Fehlen‘ eines expliziten Umweltbewußtseins, dessen sich erst der aufgeklärte Bürger des 21. Jahrhunderts in trügerischer Selbstüberschätzung rühmen mag und dessen Selbstvergewisserung nicht zuletzt auch diese Skizze motiviert.

Um so drängender aber erhebt sich somit die Frage nach den Bewertungskriterien damaligen Handelns – eines Handelns, dessen eigentliche Rahmenbedingungen unklar bleiben: Welche finanziellen Ressourcen standen der Stadt beispielsweise zur Verfügung, welche Versuche der Einflußnahme auf die Entscheidungen etwa der Sanitätskommission gab es, ohne daß sie ihren Niederschlag auch in den Akten gefunden hätten? Warum wurde der um ein Gutachten gebetene Experte König nicht über die eigentlichen Umstände der Typhusepidemie informiert, welches Wissen schließlich existierte in den städtischen Behörden tatsächlich? Die Liste der unbeantworteten und vermutlich kaum je zu beantwortenden Fragen ließe sich nahezu beliebig verlängern.¹⁴⁸

Mit aller Vorsicht wird man indes sagen dürfen, daß das Thema „Wassernöte“ in Paderborn lange Zeit wenig akut erschien. Die Sanitätskommission setzte sich nur zeitweilig mit der Frage von Wasserver- und Abwasserentsorgung auseinander, die Polizeibehörden entwickelten schließlich keine einheitliche Linie hinsichtlich des Umgangs mit der Verschmutzung der Trinkwasserquellen und auch den Einwohnern der

¹⁴⁶ Überdies scheint die Witwe Bannenberg die Aussagen der Gutachter auch ganz bewußt zu ihren Gunsten verändert zu haben, vgl. das Schreiben des Bürgermeisteramtes in Paderborn an die kgl. Regierung in Minden vom 18.05.1876, sowie das Schreiben des Apothekers Wolf an die Paderborner Polizeiverwaltung vom 19.05.1876, StADT IP 688.

¹⁴⁷ Die Vorgehensweise der Witwe Bannenberg stellt dabei keinen singulären Fall dar, ganz ähnlich ging auch der Paderborner Sander vor, um die drohende Schließung seines Brunnens zu verhindern, vgl. dessen Schreiben an die kgl. Regierung in Minden vom 09.11.1894 und das darauf reagierende Schreiben der Polizeiverwaltung vom 20.11.1894, StADT IP 684.

¹⁴⁸ Um ein Beispiel zu geben, sei darauf verwiesen, daß bereits eine Aufstellung über die in Paderborn abonnierten medizinischen Fachzeitschriften – was noch nichts über deren tatsächliche Rezeption besagen mag, aber bereits ein Hinweis auf Kenntnisstand und Teilhabe an der wissenschaftlichen Diskussion – ist unmöglich erscheint.

Stadt erwies sich die unmittelbare Nähe von Brunnen und Abortgrube nur selten als Problem, zu sehr war sie alltägliche Erfahrung, zu hoch lag die Schmerzgrenze, zu groß aber auch erschien die Gefahr, mit der städtisch verordneten Schließung des eigenen Brunnens auch ein Stück Selbständigkeit einzubüßen. Zu „gut“ und zu „rein“ waren auch die Paderborner Wasser, die das Leitungssystem speisten, als daß sie nicht ausschließlich zu unrecht von einer mißgünstigen auswärtigen Presse verdächtigt werden konnten – dies zumindest suggerierten die lokalen Medien, die ihrerseits auf offizielle Verlautbarungen zurückgriffen. Die Bevölkerung nun – auch am Ende dieser Konsumtionskette – mag es dankbar aufgenommen haben, zumal anerkannte Autoritäten der Zeit das Urteil zu bestätigen schienen. Daß König über die tatsächlichen Umstände der Paderborner Epidemie nicht informiert war, wurde hingegen entweder verschwiegen oder war nicht bekannt.

Aus der zeitspezifischen Verantwortung aber wird man Verwaltung und Einwohner gleichwohl nicht entlassen dürfen, hieße es doch, die Vorgaben und kritischen Hinweise der Mindener Regierung ebenso zu ignorieren wie die Normen der städtischen Verordnungen, die Vorbehalte Volmers oder auch das taktisch versierte Vorgehen der Witwe Bannenberg.

Katholisch oder nationalreligiös? Paderborner Männergesangvereine im Wandel der Zeiten

Dietmar Klenke

„Wo man singt, da laß Dich nieder! Böse Menschen haben keine Lieder.“¹ Dieser Leitspruch erfreute sich in der deutschen Gesangskultur des 19. und frühen 20. Jahrhunderts großer Beliebtheit. Vor allem traf dies auf die Männergesangvereine zu. Die Paderborner Sänger machten da keine Ausnahme. Mit ihrem Gesang verbanden diese Vereine mehr als nur Freude am Singen. Sie schrieben ihm besondere moralische Qualitäten zu. Er schien imstande zu sein, Gemeinschaften zu stiften und diese Gemeinschaften sittlich zu veredeln. Im Zeichen höherer Ideale sollte der einzelne im Gesangverein weltanschaulichen Halt und persönliche Geborgenheit finden. Beides, ausgedehnte Geselligkeit und weltanschaulich-politische Einbindung, machte die besondere Gemeinschaftsqualität aus. Unabhängig von den überkommenen konfessionellen Verhältnissen setzte sich in den deutschen Sängervereinen ein vaterländisch-nationalreligiöses Weltbild durch, das sich von Beginn an aufs Engste mit dem bürgerlichen Liberalismus verband. Auch in katholischen Regionen wurden die Sängervereine zu exponierten Trägern nationalreligiösen Gedankenguts.

Der Frage, ob dies auch für Paderborn gilt, wollen die nachfolgenden Ausführungen nachgehen. Bis heute steht die Stadt außerhalb ihrer Stadtmauern in dem Ruf, besonders „schwarz“ zu sein. Demnach wäre zu vermuten, daß auch die in der jüngeren Geschichte in den Sängervereinen repräsentierten Kreise der Stadtbürgerschaft eher im transnationalen Papsttum und im Heilsanspruch der Papstkirche ihren höchsten weltanschaulichen Bezugspunkt gesucht haben als in nationalreligiösen Vorstellungen, die die deutsche Nation im Rahmen einer gottgefühten Weltordnung zum höchsten Bezugspunkt erklärten. Trifft für die jüngere Geschichte der Stadt tatsächlich zu, daß man „schwarz“ im Sinne des transnationalen katholischen Universalismus und Konservatismus gedacht hat oder handelt es sich dabei um ein verzerrendes Klischeebild? Am Beispiel der Männergesangvereine läßt sich diese Frage insoweit gut beantworten, als diese Variante der lokalen Vergesellschaftung repräsentativer Ausdruck der selbstbewußten und gehobenen Bürgerkreise war, in Paderborn ebenso wie andernorts. Zugespitzt lautet die Frage: Waren die in der lokalen Bürgerwelt verwurzelten Männergesangvereine Träger eines genuin katholischen Gesinnungsmilieus oder repräsentierten sie andersgeartete Ideenwelten? Inwieweit im angeblich „schwarzen“ Paderborn bei den Gesangvereinen „vaterländisches“ Ideengut mit im Spiel war, will der folgende Beitrag unbeeindruckt von allen Klischeevorstellungen klären.

¹ Dietmar Klenke, *Der singende „deutsche Mann“, Gesangvereine und deutsches Nationalbewußtsein von Napoleon bis Hitler*, Münster u. a. 1998, S. 211.

Grundsätzliche Bedenken, die die politikgeschichtliche Bedeutsamkeit des Untersuchungsgegenstandes „Männergesangverein“ in Zweifel ziehen, lassen sich mit dem Argument entkräften, daß im heutigen Geschichtsbewußtsein das Wissen um die Politisierung des Vereinswesens im 19. und frühen 20. Jahrhundert auf Grund eines tiefgreifenden Mentalitätswandels nach 1945 verloren gegangen ist und daß die einstmals denkbar weit verbreiteten Sängervereine wie ein empfindlicher Seismograph auf allgemeine Zeitfragen und politische Krisen reagiert haben.

Sängervereine als männerbündische Gegenwelten gegen die Zumutungen der bürgerlichen Konkurrenzmoderne

Kennzeichnend auch für die Paderborner Sängervereine war die männerbündische Abschließung. Sie stellte eine bedeutsame Seite des Innenlebens dar. Im Zeitalter gewaltiger sozialer und technisch-ökonomischer Veränderungen bedurfte es starker ausgleichender Kräfte und Bindungen, die die verunsichernden Wirkungen und Risiken der aufsteigenden Industrie- und Marktgesellschaft auffingen und gegen den mächtigen Trend der Anonymisierung, Individualisierung und Wettbewerbsorientierung Halt und Geborgenheit vermittelten. Das heißt: die männlichen Träger der modernen Wettbewerbsgesellschaft entschärften ihre Konkurrenzbeziehungen, indem sie eine gemeinschaftliche Gegenwelt männerbündischer Bindungen aufbauten. Dies taten sie an prominenter Stelle in Männergesangvereinen, die sich als „sangesbrüderlicher“ Gegenentwurf zur ebenfalls männlich geprägten Erwerbs- und Wettbewerbswelt verstanden. Das war dem Anspruch nach eine Gegenwelt familienähnlicher Gemeinschaftlichkeit, die um ihrer Festigkeit willen höherer Sinnbezüge bedurfte. Und diese fand sie, beginnend in der Restaurationsära der 1820er Jahre, in einer nationalreligiös-vaterländischen Gedankenwelt mit deutlich liberalen Beimengungen.

Den männerbündischen Charakter mag ein satirisches Lied veranschaulichen, das 1898 auf dem Stiftungsfest des „Sängerbundes“, des damals größten Paderborner Männergesangvereins, vorgetragen wurde.² Als melodische Vorlage diente hier das Studentenlied „O alte Burschenherrlichkeit“, und dabei stand die männerbündische Aura der damaligen Universitätskultur Modell. Darin spiegelte sich der relativ hohe Anteil von Akademikern in diesem Verein. Die Satire thematisierte die unterschwellige Spannung, die zwischen der männerbündischen Abschließung des Vereins und der ehelich-familiären Rolle seiner Mitglieder bestand. In der Satire prallten die beiden gemeinschaftlichen Gegenwelten der beruflichen Konkurrenzsphäre, die Ehe und der Geselligkeitsverein, hart aufeinander; denn der Liedtext warf die Frage auf, ob man bei einem geplanten Festessen wie auf den allwöchentlichen Vereinsabenden unter sich bleiben oder aber die Damen hinzuziehen sollte. In satirischer Verzerrung klang an,

² Lied „Mit ohne – oder mit mit?“ anlässlich des Stiftungsfestes des Paderborner Männergesangvereins „Sängerbund“ am 9.11.1898, in: StadtA (=Stadtarchiv) Paderborn, V 19/8.

daß die Anwesenheit des anderen Geschlechts, und sei es nur auf einem Vereinsfest, die Intensität der männerbündischen Bindungen beeinträchtigen könne. Süffisant hieß es dazu, daß die „alten Herren“ mit den „jungen Herrn“ lieber allein seien und daß man ohne die Ehefrauen „besser kneipen“ könne.

Zwei Strophen widmete das Lied der kontroversen Aussprache über diese Frage, und dann ließ es in der Abstimmung die Freunde der Damenwelt siegen. Damit war allerdings keineswegs der männerbündische Charakter des Vereinsalltags und der Auftritte in Frage gestellt; denn die Damenwelt wurde als „Zierde“ des fraglichen Vereinsfestes bezeichnet und erhielt damit den Status eines dekorativen Fremdkörpers zugeschrieben, der nur zu herausgehobenen Anlässen hinzuzuziehen war. An dieser Stelle berief sich das männerbündische Prinzip auf „gute deutsche Sitte“, wonach die Damenwelt „Sängerfeste“ zu verschönern hatte. Bemerkenswerterweise bekräftigte man diese Anschauung mit einem Martin Luther zugeschriebenen Leitspruch, der im deutschen Sängermilieu des späten 19. Jahrhunderts weithin bekannt war. Zitiert sei die gesamte Strophe, in die dieser Leitspruch – in Anführungszeichen gesetzt – eingebettet war: „Fürwahr, ein rechtes Sängerfest / nach guter Deutscher Sitte / die Damen nimmer fehlen läßt / in sangesfroher Mitte. / Wer nicht zum Sang liebt Weib und Wein – / der soll ein rechter Narre sein! / Das Wort von tausend Jahren / thät seinen Wert bewahren.“ In einem mehrheitlich aus Katholiken bestehenden Verein bezog man sich hier auf den Wertekanon eines Diskurses, der in der damaligen bürgerlichen Öffentlichkeit in einem eindeutig vaterländisch-nationalreligiösen Deutungskontext stand, nicht aber in einem spezifisch katholischen.

Ursprünge des Paderborner Männergesangs in der bürgerlich-liberalen Nationalbewegung

Die deutschen Männergesangvereine, die Paderborner eingeschlossen, waren ein bedeutsamer Vermittlungsraum für politisch-weltanschauliche Botschaften.³ Vom frühen 19. Jahrhundert bis zur Reichsgründung begriffen sich diese Vereine als Sprachrohr des aufstrebenden liberalen Bürgertums und der Nationalbewegung. In Opposition zum adligen Herrschaftsstand und zur kirchlichen Hierarchie verbreiteten sie die Vision einer freien Bürgergesellschaft und eines machtvollen nationaldeutschen Einheitsstaates. Das war eine Kampfansage an die überkommenen Ordnungsmächte, an Adel und Kirche.

An die Spitze der Gesangvereine trat eine Schicht bildungsbeflissener, aufstiegsorientierter Bürger, die die Vorstände und die Chorleiterposten besetzten und die Masse

³ Vgl. zum Thema allgemein: Klenke (wie Anm. 1); Ders., „Die friedliche Leier neben dem kriegerischen Schwert“. Westfälische Männergesangvereine als Träger der Erinnerungskultur im 19. und 20. Jahrhundert, in: Westfälische Forschungen, Bd. 51, 2001, S. 107–148; Ders., Der Gesangverein, in: Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 3, hg. v. Etienne François/Hagen Schulze, München 2001, S. 392–407.

der mittelständischen Vereinssänger mit ideellen Gemeinschaftsvorstellungen versorgten. Obenan stand die vaterländisch-nationale Ideenwelt. Um den herrschenden Adel zu diskreditieren, griff die Führungsschicht die deutsche „Vielstaaterei“ frontal an: Diesem System warf sie fundamentales Versagen vor und damit zugleich dem Adel. Dabei erwies sich als wirkungsvollstes Kampfangument, die außenpolitische Lage Deutschlands zu dramatisieren und die politische Zersplitterung in eine Vielzahl von Adelsstaaten als schwerwiegenden wehrpolitischen Risikofaktor an den Pranger zu stellen. Auf diese Weise konnte sich in den Rankämpfen der Eliten vor allem die aufsteigende bürgerliche Bildungsschicht als vaterländisch gesinnte wehrmoralische Elite profilieren und politische Führungsansprüche geltend machen. Dafür stellten die Sängervereine ein gut geeignetes Aktionsfeld bereit, weil sie eine gefühlsbetonte kommunikative Brücke zwischen politischer Gesinnung und politikfernem Lebensalltag schlugen.

Kommunikationstheoretisch betrachtet boten die Sängervereine den Vorteil, daß sie hinter der Fassade scheinbar unpolitischer Geselligkeit liberale und nationalpolitische Ideen verbreiten konnten. Deshalb eigneten sie sich unter den repressiven Bedingungen der Adelherrschaft vorzüglich als Sammelbecken der bürgerlichen Opposition, die angesichts des Verbotes politischer Vereinigungen einen getarnten Kommunikations- und Aktionsraum benötigte. Der Gesang wurde dabei zum Träger verschlüsselter Botschaften. In den außerordentlich repressiven 1830er Jahren entwickelte sich der Gesangverein sogar zum bedeutsamsten, fast monopolartigen Ausdrucksmedium der bürgerlich-liberalen Nationalbewegung.

Die Sängerbewegung als nationalreligiöse Deutungsmacht

Mit Blick auf Paderborn als Bischofssitz verdient ein weiteres Charakteristikum der Sängerbewegung besondere Beachtung. Von elementarer Bedeutung war für das Selbstverständnis der Sängerbewegung, daß sie die überkommenen kirchlich-religiösen Bezüge des Chorgesangs in nationalreligiöse umformte. Wenn Geistliche hier Gefahren für die kirchlich gebundene Religionsausübung witterten, dann taten sie das nicht ohne Grund. Denn es zeigte sich nach 1815, daß das „nationalreligiöse“ Sinnstiftungsangebot in aufstrebenden Bürgerkreisen attraktiver wirkte als das der Kirchen, die mit dem Odium ihrer obrigkeitlichen Traditionen behaftet waren. Die neue nationalreligiöse Gemeinschaftsidee verstand sich als grundlegender weltanschaulicher Ordnungsentwurf, der die deutsche Nation als übergeordneten politisch-moralischen und zugleich gottunmittelbaren Bezugsrahmen begriff und dabei liberale Vorstellungen eines selbstverantwortlichen bürgerlichen Gemeinnsinns einschloß. Dieses letztlich religiöse Bezugssystem schloß eine vaterländische Gemeinschaftsverpflichtung ein bis hin zu einer Aufopferungsethik, deren Idealbild der opferbereite Krieger war. Dieser vor allem von der bürgerlichen Bildungsschicht propagierte Entwurf trat der überkommenen adligen und kirchlichen Herrschaftslegitimation „von Gottes Gnaden“ herausfordernd entgegen. D. h. es baute sich eine spannungsgeladene Konkurrenz um

die höchsten politischen Sinnbezüge auf: hier der aufsteigende Bürgerstand, dort die überkommenen Stände des Geburtsadels und des Klerus. Die Rankämpfe der Eliten erhielten mit dem vaterländischen Sendungsbewußtsein des Bürgertums eine neue Dimension.

Aus bürgerlicher Sicht boten die vielen Adelsstaaten und die Konfessionsspaltung keine angemessene Antwort mehr auf die wirtschaftlichen, sozialen und verteidigungspolitischen Probleme des deutschsprachigen Raumes. Mit Blick auf die fortgeschrittene westeuropäische Staatenwelt stellten diese Probleme eine schwerwiegende Herausforderung dar, die die bürgerliche Nationalbewegung als nationalen Selbstbehauptungsdiskurs thematisierte. Im Rahmen dieser Bewegung wuchs den Sängern seit den 1830er Jahren eine bedeutsame propagandistische Rolle zu: Sie machten aus der Vision eines machtvoll geeinten Deutschland ein expressives, gefühlswirksam gestaltetes Kampfinstrument.

In diesem Zusammenhang wurde die historische Deutung der damaligen Gegenwart zum Dreh- und Angelpunkt des Selbstverständnisses; demzufolge ließ sich die deutsche Geschichte durch das Erbübel der Uneinigkeit charakterisieren; nationale Uneinigkeit aber widersprach dem göttlichen Willen. Die Verantwortung für die Uneinigkeit schrieb man dem Herrschaftsegoismus des Adels und dem konfessionell gespaltenen Klerus zu. Dem Erbübel der Uneinigkeit lastete man den Niedergang Deutschlands seit dem Mittelalter an. Folgerichtig verknüpfte die bürgerliche Bildungselite ihre nationalen Wiederaufstiegsvisionen mit der Forderung nach der nationalen Einigung, die sie zum universellen Heilmittel aller nationalen Gebrechen erklärte. Dafür stellte sie das Konzept einer heilsgeschichtlich fundierten Nationalreligiösität bereit. Demnach fügte sich die nationale Einigung der Deutschen in den göttlichen Heilsplan ein und mußte gottgefügt zu einem strahlenden Zukunftsreich führen. Die überkommenen Konfessionen hatten in einer einheitlichen Nationalreligiösität aufzugehen.

Auch in den katholischen Regionen Westfalens ging dieses neuartige Weltbild zu Lasten des überkommenen konfessionellen Selbstverständnisses, hier des Ideals einer nationenübergreifenden Papstkirche. Auch in Sängervereinen mit vorwiegend katholischen Mitgliedern kannten die Vorstellungen von der Vergangenheit fast nur noch einen national-, nicht mehr einen konfessionengeschichtlichen Bezugsrahmen. An die Stelle der konfessionellen Kirchen- und Heiligengeschichte trat eine nationaldeutsche Heilsgeschichte, die vor allem vaterländische ‚Heilige‘ kannte, allen voran die Helden und Märtyrer der vaterländischen Kriegs- und Militärgeschichte.

Aufstieg der Sängerbewegung in Paderborn

In Paderborn zeigten sich erste Ansätze einer nationalreligiösen Umorientierung innerhalb des Bürgertums vor allem in der Gründung des Männergesangsvereins „Liedertafel“ im Jahre 1838. Vorläufer dieses Sängervereins sind im 1824 gegründeten „Musikverein Paderborn“ zu suchen, der einen gemischten Chor unterhielt und gelegentlich auch Männerchorliteratur darbot, u. a. das „Schwertlied“ von Carl Maria von We-

ber, das zu den erstrangigen Erkennungszeichen der deutschen Nationalbewegung in ihrer Frühphase zählte.⁴ Drei Gründungsmitglieder des Musikvereins zählten zu den Gründern der „Liedertafel“. Dieser Verein schloß sich umgehend den „Vereinigten Norddeutschen Liedertafeln“ an, die in dieser extrem repressiven Ära im nordwestdeutschen Raum ein überregionales Kontaktnetz knüpften, das ebenfalls im Zeichen der Nationalbewegung stand.⁵ Juristen des Paderborner Oberlandesgerichts, vor allem jüngere, sowie andere Akademiker und Repräsentanten des gehobenen Bürgertums bestimmten das soziale Profil dieses gemischtkonfessionellen, aber mehrheitlich katholischen Vereins.⁶ Die Gründung war Teil der ersten großen Ausbreitungswelle der Sängerbewegung im westfälischen Raum. Bemerkenswert ist daran, daß sich nunmehr auch in katholischen Bürgerkreisen die nationalreligiöse Ideenwelt zu verbreiten begann. Bereits unmittelbar nach der Vereinsgründung sangen die Paderborner Liedertafler die Vaterlandshymne „Was ist des Deutschen Vaterland?“⁷ In diesem Lied präsentierte sich die deutsche Nation als gottgewollte Gemeinschaft. War von „deutschem Sinn“ die Rede, dann klang darin an, daß die nationale Verbundenheit als das höchste Gemeinschaftsprinzip auf Erden zu gelten hatte, nicht die Gemeinschaft der supranationalen heilsbringenden römischen Kirche oder die fürstlichen Territorialstaaten von „Gottes Gnaden“. Die Hymne stellte eingangs die Frage nach der Gestalt und Ausdehnung des deutschen Vaterlandes. Sie wirkte herausfordernd, weil allein der „deutschen“ Sprache der Rang zugesprochen wurde, das Fundament eines künftigen Nationalstaates bilden zu können, und damit stieg allein die Sprachgemeinschaft in den Rang eines höchsten gottgewollten Gemeinschaftsprinzips auf. Gewachsenen Territorien wie Preußen oder Österreich wurde dies ausdrücklich abgesprochen, was auf eine Kampfansage an die Territorialherrschaft hinauslief. Das Lied mündete in den mahnenden Appell, daß jeder Deutsche im Sinne eines göttlichen Auftrags „wacker“ und „mutig“ für die deutsche Nation einzutreten habe. Bereits vor der Revolution von 1848 wurde dieses Lied zur heimlichen Nationalhymne der Deutschen. Ihre Attraktivität bestand vor allem darin, daß sich dort kampfbetonte Appelle und religiöse, gebetsartige Wendungen mischten. Dies verlieh dem nationalen Sendungsbewußtsein der singenden Männer die höheren Weihen der Gottgefälligkeit.

⁴ Festbuch zur Jahrhundertfeier des Musikvereins Paderborn, Paderborn 1928, S. 4f., 8f.; Verzeichnis sämtlicher Liederbrüder der Paderborner Liedertafel in der Zeit von 1838 bis 1888, in: Die ersten 50 Jahre der Paderborner Liedertafel. Festgabe zur 50jährigen Jubiläums-Feier 1888, verfaßt von Liedervater A. Baumann, Anhang 3.

⁵ Klenke, Westfälische Männergesangsvereine (wie Anm. 3), S. 112ff.

⁶ Verzeichnis sämtlicher Liederbrüder der Paderborner Liedertafel in der Zeit von 1838 bis 1888 (wie Anm. 4).

⁷ Lieder der Paderborner Liedertafel, gesungen beim Festmahle am 15.12.1838, in: StadtA Paderborn, V 19/14, Bl. 34ff. Text und Partitur des Vaterlandshymnus „Was ist des Deutschen Vaterland“, in: Klenke (wie Anm. 1), S. 68.

Erscheinungsdatum: 5.11.1859

Westfälisches

Kirchen-

Blatt.

Das Westfäl. Volksblatt erscheint jeden Mittwoch, wenigstens einen halben Bogen stark, und kostet halbjährlich hiersebst 10 *Sgr.* durch die Post 12 *Sgr.*



Für das 2. u. 4. Quarta werden auch $\frac{1}{4}$ jährige Abonnements angenommen. — Inserate werden gegen 9 *Sgr.* für die gespaltene Zeile oder deren Raum aufgenommen.

zwölfter

Jahrgang.

Beilage zu № 45.

(Früher unter dem Titel „Westfälisches Volksblatt.“)

Einige flüchtige Gedanken in Betreff der hiesigen Schillerfeier. *)

Unbekümmert um den Vorwurf, welchen man dem Schreiber dieser Zeilen ganz sicherlich machen wird: „er sei ein Liebhaber der Finsterniß und Feind der Aufklärung“ (Phrasen, die für jeden vernünftigen Menschen schon längst ihren Werth verloren haben), erlaubt sich derselbe an das geehrte Paderborner Publikum einige Fragen zu richten. Nach welchem Maßstabe meßt ihr den Werth und Nutzen jeglichen Dinges, wenn ihr Christen, Katholiken sein wollt? oder nach welchem Maßstabe müssen wir, wenn unsere hl. Religion uns nicht bloß in der Kirche, sondern auch überall heilig sein soll, die Verdienste eines Schriftstellers beurtheilen? Antwort: Nach der Stellung, die jedes Ding und jeder Schriftsteller zu unserer hl. Religion einnimmt. Welche Stellung nimmt der gerade jetzt, in allen deutschen Städten so hoch gepriesene Schiller in dieser Beziehung ein? Antwort: Offenbar eine sehr geringe; man denke an seine „Götter Griechenlands“, an seine, von Entstellungen der historischen Wahrheit und von Haß gegen die kathol. Kirche strotzende „Geschichte des dreißigjährigen Krieges“ und „seine Geschichte der Niederlande.“ (Sich auf einige schöne Gedanken, die der Dichter zur Ausstaffirung seiner „Maria Stuart“ und „Jungfrau von Orleans“ ge-

*) Es scheint, als ob in Paderborn die Vernunft der Gedankenlosigkeit weichen solle. Während in andern Städten die „Schillerfeier“ — die Feier des hundertjährigen Geburtstages des bereits am 9. Mai 1805 verstorbenen Dichters Friedrich v. Schiller — auf die Räume eines Concertsaales oder Theaters — wo sie sicherlich ganz hingehört — beschränkt bleibt, will man in Paderborn zur Vorfeier des Festes am Abend des 9. Nov. einen Fackelzug zu einer auf dem hiesigen Marktplatz aufzustellenden „Schillerbüste“ veranstalten und Angesichts unsers ehrwürdigen Domes den „Cultus des dichterischen Genius“ vollziehen. Solches Possenspiel, welches die katholische Bevölkerung unserer Bischofsstadt nur mit Unmuth betrachten kann, richtet eine an sich nicht übele Sache denn doch geradehin zu Grunde und zieht sie in das Lächerliche hinab. Und da hat man so oft an der Heiligen- und Reliquien-Verehrung der katholischen Kirche etwas auszusetzen, zu mäkeln an der Ehre, womit die Katholiken den Träger einer heroisch geübten sittlichen Tugend zu umgeben sich verpflichtet halten, während man sich herbeiläßt, mit dem Andenken einer genialen geistreichen Persönlichkeit fast Götzencult zu treiben!

Abbildung 1 s. Seite 125

1840, gut zwei Jahre nach der Gründung, zeigten die Paderborner Liedertafler, daß sie ganz im Trend der deutschen Sängerbewegung lagen. Über Deutschland ging eine Welle der nationalen Erregung hinweg, an der auch die Paderborner Sänger Anteil hatten. Auch sie sangen das vielerorts erklingende Rheinlied „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein“.⁸ Der Auslöser war der provokative Ruf französischer Nationalisten nach der Rheingrenze. Weil die Sänger in der akuten Bedrohungslage die Situation um 1800 wiederzuerkennen glaubten, ließ ihr Gesang die „heil'gen Männerschlachten“ der Napoleonischen Ära wiederaufleben, und im Zusammenhang damit die Vorstellung, daß Gott damals im Interesse der Deutschen als „Sklavenbandenbrecher“ eingegriffen habe;⁹ so drastisch formulierte es im Februar 1841 ein Gesang der Paderborner Liedertafel. Indem man sich auf diese heroische Zeit rückbesann, festigte man den Glauben an die Befreiungskriege als heilsgeschichtliche Wendezeit.

Die Sänger wußten die Provokation der französischen Nationalisten als willkommene Gelegenheit zu nutzen, um ihrer Forderung nach einem wehrhaften und mächtigen Nationalstaat Nachdruck zu verleihen. Gegenüber dem einigungsunwilligen Fürstenstand verband sich damit die bürgerliche Interessenperspektive, der es um die Durchsetzung politischer Mitwirkungsansprüche gegenüber dem Adel ging. Der neue antifranzösische Akzent wirkte auch als Anreiz, die Errichtung eines Hermannsdenkmals im nahegelegenen Fürstentum Lippe zu unterstützen, wobei die Figur des „Hermann“ zum Symbol „deutscher“ Selbstbehauptung gegenüber „überfremdenden“ romanischen Einflüssen wurde. Vor diesem Hintergrund übernahm die Paderborner Liedertafel bereitwillig den Auftrag, für die Norddeutschen Liedertafeln die Fortschritte beim Bau dieses Denkmals zu beobachten und die Mitwirkung bei der Einweihungsfeier anzubieten.¹⁰

Als im Frühjahr 1848 die Revolution ausbrach, verlagerten sich die politischen Aktivitäten von den Sängervereinen in die neu geschaffenen revolutionären Gremien. Verstärkt traten die Sängervereine erst in dem Moment wieder in Erscheinung, als sich der Krieg mit Dänemark zuspitzte und entsprechend mobilisierend wirkte. Unter dem Eindruck der dänischen Seeblockade warb auch die Paderborner Liedertafel für den Aufbau einer deutschen Kriegsflotte, indem sie im August 1848 ein Benefizkonzert

⁸ Männerchorlied „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein“, in: Volksliederbuch für Männerchor, hg. auf Veranlassung Seiner Majestät Des Kaisers Wilhelm II, Bd. 1, Leipzig 1907, S. 296ff.; vgl. auch: Lieder der Paderborner Liedertafel, gesungen beim Festmahle am 13.2.1841, in: StadtA Paderborn, V 19/14.

⁹ „Deutscher Gesang“, in: Lieder der Paderborner Liedertafel, gesungen beim Festmahle am 13.2.1841, in: V 19/14.

¹⁰ Der Auftrag, den Bau des Hermannsdenkmals zu beobachten, wurde den Paderborner Sängern auf dem Pyrmonter Sängerfest der Norddeutschen Liedertafeln von 1841 erteilt. Vgl. Die ersten 50 Jahre der Paderborner Liedertafel (wie Anm. 4), S. 5.

veranstaltete, dessen Erlös einem nationalen Flottenfonds zugeführt werden sollte.¹¹ (siehe Titelbild) Als die Werbekampagne im Fiasko des preußischen Rückzugs aus Schleswig-Holstein endete und in Malmö ohne Beteiligung der revolutionären Frankfurter Reichsregierung ein Waffenstillstandsabkommen geschlossen wurde, sahen die Sänger in diesem nationalpolitischen Mißerfolg bereits die Niederlage der gesamten Revolution angelegt. Nach der Revolution zeigte die Paderborner Liedertafel resignative Rückzugstendenzen; dies war auch andernorts zu beobachten.

Das nationalpolitische Wendejahr 1859 als Geburtsstunde des „schwarzen Paderborn“

Das Jahr 1859 wurde für die Sängervereine wie für die gesamte deutsche Nationalbewegung zu einem Wendejahr von epochaler Bedeutung. Der Rückschlag, den der nationale Gedanke mit der Niederschlagung der Revolution erlitten hatte, schien mit einem Male überwunden, als der italienische Einigungskrieg ausbrach. Man bewunderte die nationale Tatkraft der Italiener und ließ sich davon anstacheln. Andererseits aber befürchtete man, möglicherweise gegen Napoleon III., den mächtigen Verbündeten Italiens, am Rhein antreten zu müssen. Die Anschauung verbreitete sich, daß man es bei der Politik des französischen Kaisers mit einer dem Napoleonischen Zeitalter vergleichbaren Bedrohungslage zu tun habe. Angesichts der Unruhe, die die zwielichtige Kriegspolitik Napoleons III. ausgelöst hatte, erhielt der Ruf nach der nationaler Einigung zusätzliche Dringlichkeit. Auch die deutschlandweit stattfindenden Schillerfeiern vom November 1859 standen noch im Bann dieses Krieges. Auf der Paderborner Schillerfeier ließ die örtliche „Liedertafel“ zu Ehren Schillers u. a. die Kampfhymne „Was ist des Deutschen Vaterland?“ erklingen. Sie zeigte damit, wie sehr sie Schiller für die nationalreligiösen Visionen der bürgerlichen Oppositionsbewegung zu vereinnahmen wußte und wie wichtig sie den Appell nahm, gegen Gefahren fest zusammenzustehen.¹²

Weil nun diese Schillerfeier wie auch andernorts ganz im Zeichen eines „nationalen“ Helden- und Heiligenkultes stand und in Paderborn mit einem Fackelzug in der Tradition religiöser Lichtsymbolik eingeleitet wurde, witterte die katholische Kirche vor Ort sogleich Konkurrenz, und ihre Kirchenzeitung ritt gegen die sich nunmehr auch in Paderborn offensiv breitmachenden nationalreligiösen Tendenzen polemische Attacken.¹³ (siehe Abb. 1) Im Visier hatte sie das gesamte liberal-nationalreligiöse Gesinnungsmilieu der besseren bürgerlichen Kreise, die bereits ihre kirchlich-

¹¹ Plakat: Konzert für die Deutsche Flotte, von der Paderborner Liedertafel am 27.8.1848 veranstaltet, in: StadtA Paderborn, V 19/22.

¹² An meine verehrten Kollegen im Schiller-Komitee hierselbst, in: Anzeiger für den Kreis Paderborn vom 19.11.1859; Hundert Jahre Paderborner MG V 1838–1938, Festschrift 1938, S. 20.

¹³ Einige flüchtige Gedanken in Betreff der hiesigen Schillerfeier, in: Westfälisches Kirchenblatt (Paderborn), Beilage zu Nr. 45 vom 5.11.1859, S. 353f.; Nachrichten, in: Westfälisches Kirchenblatt vom 19.11.1859, S. 746f.; Drei Abfertigungen, in: Westfälisches Kirchenblatt, Beilage zu Nr. 47 vom 19.11.1859, S. 369.

katholischen Bindungen gelockert hatten;¹⁴ an vorderster Front verkörperten die „Liedertafel“, die Richterschaft, die Gymnasiallehrer und der „Anzeiger für den Kreis Paderborn“ diese Kreise, die im Juli 1860 auch in Paderborn einen „Deutschen Verein“ als informelle Ortsgruppe des „Nationalvereins“ aus der Taufe hoben und seit 1859 auf eine kleindeutsche Einigung unter preußischer Führung setzten.¹⁵ Aus katholischer Perspektive, so die örtliche Kirchenzeitung, waren die vom „deutschen“ Geist angesteckten Paderborner Katholiken auf dem besten Wege, der Kirche in gleichem Maße untreu zu werden wie die katholischen Italiener, die sich just zu diesem Zeitpunkt anschickten, dem Papst im Rahmen ihrer nationalen Einigungsbestrebungen den Kirchenstaat und damit die angestammte weltliche Herrschaftsbasis zu entreißen. Hier schien sich europaweit eine liberal-nationale Front zu formieren, die das Papsttum und die römische Kirche in ihrer transnationalen Unabhängigkeit bedrohten.

Es war der Schillerkult und es waren die ihn tragenden liberal-nationalen Kreise vor Ort und deren Sprachrohr, der „Anzeiger für den Kreis Paderborn“, die Ende 1859 im katholischen Kirchenmilieu Paderborns Befürchtungen aufkommen ließen, daß der sich fortschrittlich gebärdende europäische Liberalnationalismus mit der drohenden Vernichtung des Kirchenstaates zum Sturmangriff auf den transnationalen Katholizismus blies. Schon im Sommer 1859 hatte der Paderborner „Anzeiger“ auf das katholische Milieu zunehmend herausfordernd gewirkt; dort hatten sich Protestanten und kirchenferne Katholiken zusammengefunden, um gegen den überkommenen Konfessionalismus nationale Visionen zu verbreiten. Dem diente auch die Konstruktion eines Geschichtsbildes, das den sogenannten katholischen „Ultramontanismus“ bis ins 16. Jahrhundert zurückdatierte und dieser Haltung die Hauptverantwortung für die damalige Glaubensspaltung und die nachfolgende Schwächung Deutschlands anlastete.¹⁶ „Ultramontane“ Papsttreue trat hier als konservative *und* antinationale Gesinnung in Erscheinung. Diese Denktradition konfrontierte der „Anzeiger“, der sich als publizistisches Pendant zur „Liedertafel“ begriff, mit einem oppositionellen Reformprogramm, das das „wurmstichige Gebäude des deutschen Fürstenbundes“ in einen „deutschen Volksbund“ umgestalten wollte, der auch gegen sämtliche Gefahren, die von außen drohten, gewappnet sein sollte, vor allem gegen den alten französischen Widersacher.¹⁷

Nimmt man diesen publizistischen Hintergrund in den Blick, dann wundert kaum, daß die katholischen Gegenattacken auch den Schillerkult in den Mauern der eigenen

¹⁴ Einige flüchtige Gedanken (wie Anm. 13), S. 354.

¹⁵ Elsaß und Lothringen, in: Anzeiger für den Kreis Paderborn vom 24.8. u. 27.8.1859; Kommentar auf der Kopfseite, in: ebd. vom 31.8.1859; Eingesandt!, in: ebd. vom 24.9.1859 (In diesem Beitrag wird ausdrücklich für das Programm des sich formierenden Deutschen Nationalvereins geworben); Bericht „Der deutsche Verein in Paderborn“, in: Anzeiger für den Kreis Paderborn vom 11.7.1860.

¹⁶ Elsaß und Lothringen, in: Anzeiger für den Kreis Paderborn vom 24.8.1859.

¹⁷ Kommentar auf der Kopfseite, in: Anzeiger für den Kreis Paderborn vom 31.8.1859.

Bischofsstadt in den Bedeutungszusammenhang der europaweiten liberal-nationalen Bestrebungen stellten. Bereits unmittelbar vor der örtlichen Schillerfeier diffamierte die Kirchenzeitung den geplanten Fackelzug als „Götzenkult“ und ließ keinen Zweifel daran, daß die Verehrung für Schiller einem ausgewiesenen Gegner des Katholizismus zuteil wurde.¹⁸ Der Kirchenzeitung lag die „Verehrung der Heiligen“ weitaus mehr am Herzen als eine „Apotheose“ Schillers.¹⁹ Sie bedauerte daher, daß im örtlichen Schiller-Komitee die katholisch gesinnte Minderheit den symbolträchtigen Fackelzug nicht hatte verhindern können. Bezeichnenderweise kam als Argument gegen den Schillerkult auch die bereits angesprochene politische Großwetterlage ins Spiel, namentlich die Bedrohung des Kirchenstaates durch die italienische Nationalbewegung. Diesbezüglich war zu vernehmen, daß es in einer Zeit, in der der Papst aufs Äußerste bedrängt sei, „Wichtigeres“ zu tun gebe, als dem Genius Schillers „Weihrauch zu streuen“.²⁰ Bei allem Verständnis für die Nationalbewegung glaubte die Paderborner Kirchenzeitung alle liberal-national Denkenden mahnen zu müssen, daß „das Band des Vaterlandes“ und der „Stammesgemeinschaft“ hinter der transnationalen „katholischen Einheit“ und Solidarität zurückzustehen habe.²¹

Knapp vier Wochen nach der Schillerfeier richtete das aufgeschreckte Paderborner Kirchenmilieu eine von Hunderten von Kirchgängern unterzeichnete Adresse an den preußischen Prinzregenten. Sie enthielt die Bitte, der Monarch möge den Heiligen Vater gegen die liberalen Nationalisten in Italien unterstützen.²² (siehe Abb. 2) Man wollte damit ein Zeichen setzen, daß sich auch in Deutschland eine konservative Abwehrfront gegen die liberal-nationalistischen Oppositionsbewegungen in Europa bildete. Es gab diese Solidaritätsbewegung für den Papst in fast allen katholischen Bistümern, aber als Initiatoren der Solidaritätsadressen traten zumeist nicht einzelne Städte in Erscheinung, sondern kirchliche Gliederungen wie Bistümer und Pfarreien. Das Besondere der Paderborner Situation bestand darin, daß die örtliche Initiative beanspruchte, für die gesamte weltliche Gemeinde zu sprechen, statt korrekterweise katholische Gliederungseinheiten zu nennen. Auf diese Weise drängte sich der überregionalen, vom Liberalnationalismus beherrschten Medienöffentlichkeit der fälschliche Eindruck auf, daß die gesamte Stadt Paderborn, nicht nur die bistums- und papsttreuen Katholiken den weltlichen Herrschaftsanspruch des Papstes verteidigten. Das war ein Etikettenschwindel, der in der deutschen Öffentlichkeit Folgen hatte. Denn diese die

¹⁸ Einige flüchtige Gedanken (wie Anm. 13), S. 353f.

¹⁹ Nachrichten, in: Westfälische Kirchenzeitung vom 19.11.1859, S. 747.

²⁰ Drei Abfertigungen (wie Anm. 13), S. 369.

²¹ Nachrichten, in: Westfälisches Kirchenblatt vom 3.12.1859, S. 778.

²² Adresse der Stadt Paderborn an Seine königl. Hoheit den Prinz Regenten, in: Westfälisches Kirchenblatt, Beilage zu Nr. 49 vom 3.12.1859, S. 385ff.

Erscheinungsdatum: 3.12.1859

Westfälisches Kirchen- Blatt.

Das Westfäl. Volksblatt erscheint jeden Mittwoch, wenigstens einen halben Bogen stark, und kostet halbjährlich hier selbst 10 *Sgr.* durch die Post 12 *Sgr.*



Für das 2. u. 4. Quarta werden auch $\frac{1}{4}$ jährige Abonnements angenommen. — Inserate werden gegen 9 *Sgr.* für die gespaltene Zeile oder deren Raum aufgenommen.

Zwölfter

Jahrgang.

Beilage zu № 49.

(Früher unter dem Titel „Westfälisches Volksblatt.“)

Adresse der Stadt Paderborn an Seine königl. Hoheit den Prinz Regenten.

Gleichzeitig mit der Adresse an den heiligen Vater wurde in unserer Stadt von einem Kreise katholischer Männer eine Adresse an Se. Königl. Hoheit den Prinz-Regenten entworfen, worin der Wunsch und die Bitte ausgesprochen ist, Se. Königl. Hoheit möge nicht dulden, daß man den heil. Stuhl seines Besitzthums beraube und möge bei den andern Großmächten eintreten für die Rechte des heiligen Vaters, des geistlichen Oberhauptes von zwei Fünftheilen seiner Unterthanen. Bedeckt mit 737 Unterschriften von kathol. Bürgern aller Stände unserer Stadt ist diese Adresse am 30. v. M. abgegangen und freuen wir uns, nunmehr den Wortlaut derselben nachstehend veröffentlichen zu können:

Se. Königl. Hoheit

Throne wagen die unterzeichneten Katholiken mit folgender unterthänigsten Bitte sich zu nähern:

Se. Königl. Hoheit ist es wohl bekannt, welche Stellung der Regent des Kirchenstaates, unser hl. Vater, in der katholischen Kirche einnimmt, wie er in Sachen des Glaubens das Band ist, welches alle Glieder der Kirche unter einander verbindet, der Mittelpunkt, um den sich Alle schaaren, die Auctorität, der alle Katholiken sich demüthig und freudig unterwerfen, sobald dieselbe über Zweifel des Glaubens endgültig entschieden hat. Offen und ohne Rückhalt dürfen wir dieses Geständniß ablegen gegenüber einem Herrscher, der nicht achtet auf die verläumderischen Worte derjenigen, welche darin eine staatsgefährliche Lockerung der Unterthanenpflichten erblicken, gegenüber einem Herrscher, der mit seinem offenen, klaren Blicke erkennt, wie der Gehorsam, ein unheilbares Gut, nicht auf einem Felde, dem Felde der Religion, wanken darf, ohne daß damit zugleich die Idee und Pflicht des Gehorsams gegen jede andere Obrigkeit im tiefsten Grunde verletzt wird. — Und diese geheiligte Macht des Papstes, man hat sie anzutasten gewagt; frevlerische Hände haben zu zerreißen gesucht, noch nicht das geistige Band, das uns Katholiken an den hl. Stuhl knüpft,

Abbildung 2 s. Seite 127

Stadt vereinnahmende Solidaritätsadresse der Kirchengänger schien Paderborn aus dem Meer der anderen mehrheitlich katholischen Städte und Gemeinden herauszuheben. So erklärt sich, daß der liberalnationale „Kladderadatsch“, das deutschlandweit stark beachtete satirische Wochenblatt aus Berlin, ausgerechnet den Paderbornern zu der zweifelhaften Ehre verhalf, sie auf seiner Kopfseite zum Adressat eines Spottgedichtes auf die papsttreue Solidaritätsbewegung zu machen. (siehe Abb. 3) Seither, seit den leidenschaftlichen Debatten des Umbruchjahres 1859, wurden die „Paderborner“, angestoßen vom „Kladderadatsch“, in der liberalnationalen Öffentlichkeit Deutschlands zum Inbegriff der Papstgläubigkeit. Das Klischeebild vom „schwarzen“ Paderborn begann sich, massenmedial vermittelt, in der Konfrontation zwischen bürgerlichem Liberalnationalismus und transnationalem päpstlich-katholischem Machtanspruch durchzusetzen. Die dritte Strophe des Gedichtes trieb den Spott auf die Spitze. In direkter Anspielung auf die Paderborner Adresse an den preußischen Prinzregenten forderte sie mit beißender Ironie dazu auf, das protestantische Preußen solle den Papst gegen die katholisch geprägten Staatsgewalten in Italien verteidigen. Mit anderen Worten: Ein monarchischer Repräsentant des aus katholischer Sicht „ketzerischen“ Protestantismus sollte ins „Kriegshorn“ blasen, um den Kirchenstaat zu retten. Die „Paderborner“ wurden hier zum Inbegriff eines doktrinär verbohrt und rückwärtsgewandten Papismus.

Der „nationale“ Zeitgeist, der im Papst europaweit eine der letzten Bastionen des untergehenden Ständezitalters erblickte, fand in Paderborn vor allem in den gebildeten Bürgerkreisen Anklang, darüber hinaus aber selbst in der Redaktion der Paderborner Kirchenzeitung. Diese kritisierte am Gesangsvortrag der „Liedertafel“ für die örtliche Schillerfeier, daß die Österreich gewidmete Zeile in der Hymne „Was ist des Deutschen Vaterland“ in einer Variante vorgetragen wurde, die Österreichs Kriegsruhm nicht gebührend zur Geltung kommen ließ.²³ Von einer „unpatriotischen Änderung“ des Gesangstextes war die Rede. An diesem Einwand war bemerkenswert, daß die Kirchenzeitung ihre Sympathie für das Habsburger Herrscherhaus nicht mit dessen katholischem Charakter begründete, sondern mit nationalpolitischen Argumenten, die auf den innerdeutschen Gegensatz zwischen Preußen und Österreich und auf die kriegerischen Verdienste der Habsburger für die deutsche Nation zielten, nicht aber auf die Verdienste Österreichs für das Papsttum.²⁴ Solch eine Verengung der Perspektive kam einer indirekten Verbeugung vor dem „nationalen“ Zeitgeist gleich.

²³ An meine verehrten Kollegen (wie Anm. 12); Drei Abfertigungen (wie Anm. 13), S. 372; Die ersten 50 Jahre der Paderborner Liedertafel (wie Anm. 4), S. 17; Hundert Jahre Paderborner Männergesangsverein (wie Anm. 12), S. 20. Statt von Österreich als einer „an Siegen und an Ehren reichen“ Monarchie zu singen, hatte der Vortrag der Liedertafel nur ein „an Kämpfen und an Ehren reiches“ Österreich genannt. Selbst solch kleine Änderungen wurden genauestens registriert und im Kampf zwischen den Kleindeutschen und Großdeutschen ausgeschlachtet.

²⁴ An meine verehrten Kollegen (wie Anm. 12); Drei Abfertigungen (wie Anm. 13), S. 371f.; Westfälisches Kirchenblatt (Paderborn) vom 23.5.1860, S. 164f.

Nr. 57.

Berlin, den 11. December 1859.

12. Jahrgang.

Kladderadatsch.

Wochenkalender.

Montag, den 12. December.
Der Teufel, wenn er Gelege macht,
Nimmt weißlich auf die Horn Bedacht,
Daß selbst die Guten und die Weisen
Den Bau bewundernd müssen preisen.

Dienstag, den 13. December.
Keine Frage so häßlich auf der Welt,
Daß sie nicht Einem doch gefällt.
Kein Unfuss, darin nicht doch am Ende
Ein Narr noch tiefe Weisheit fände.

Mittwoch, den 14. December.
Löhnt mir, Graf Derindur,
Diesen Zwiepalt der Natur:
Wie kann man gegen die Duschler toben
Und doch die Werke der Duschler loben?



Wochenkalender.

Donnerstag, den 15. December.
Ich ich' — und wenn ich zu meinem Heile
Den Geist des Raketenboms riefe —
In den Regalatten, Zeile für Zeile,
Rur Rogala, aber — keine Liefel!

Freitag, den 16. December.
Denkst du: der neue Wein wird besser,
Wenn du ihn süßst auf alte Häßer?
Oder denkst du: das alte Gebräu
Wird durch neue Gefäße neu?

Sonnabend, den 17. December.
Das Haus immer weiter nach
Sich pflanzen unabläßig,
Und wo zum Teufel der Spiritus,
Da ist's und bleibt es — — Effig!
Kladderadatsch.

Humoristisch-satyrisches Wochenblatt.

Dieses Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Wochentage. — Man abonniert mit 21 Sgr. vierteljährlich für 15 Nummern in allen Buchhandlungen, sowie bei den Postanstalten des In- und Auslandes. — Einzelne Nummern (wenn solche vorhanden) à 2½ Sgr.

An unsre lieben Paderborner.

Gelesen haben wir mit Schmerz
Die rührenden Adressen,
Und alles Leid, das euer Herz
Durchdolcht, gar wohl ermessen.
Wir wollen auch, ihr frommen Herrn,
Euch condoliren herzlich gern,
Und helfen euch noch gern —
Ihr lieben Paderborner!

Wir sind verpflichtet, eurem Weh
Zu feuern! — Warum? Darum!
Wir haben ja die Bulle „de
Salute animarum!“
Ja, wir, ein protestant'scher Staat,
Wir schlossen einst ein Concordat
Und denken deß' auch fern —
Ihr lieben Paderborner!

Wir sind verpflichtet, gegen die
Kathol'schen Staatsgewalten,
Wir keher, gegen Anarchie
Den röm'schen Stuhl zu halten!
Geduld! Geduld! Wir lassen gleich
Für des heil'gen Vaters weltlich Reich
In unsre Kriegeshörner —
Ihr lieben Paderborner!

Wir ziehen ihm zu Hilfe aus,
Ist's auch nicht heut und morgen!
Wir haben erst im eignen Haus
Noch Einiges zu besorgen.
Und bis dahin fällt, glaubt es nur,
In der Geschichte Stundenuhr
Wohl manches Hundert Hörner —
Ihr lieben Paderborner!

Auch fehlen uns zum Kriege bloß
Ein Thaler und acht Groschen!
Sind die erst da, dann geht es los,
Dann tapfer drauf gedroschen!
Dann geht im Kosinantentrott
Ganz Preußen drauf, als Don Quixote,
Und zwar als ganz moderner —
Ihr lieben Paderborner!

Einstweilen saßt euch mit Bedacht,
Und bombardirt indessen
Des bösen Feindes Uebermacht
Mit feuriger — Adressen!
Denkt: Jedem ist sein Ziel gesetzt;
Auch Satanus läuft noch zulezt
Sich selber ab die Hörner —
Ihr lieben Paderborner!

Kladderadatsch.

Als 1860 die nationale Erregung im Lichte der französischen Annexion Nizzas und Savoyens hohe Wellen schlug, erging sich auch das Paderborner Kirchenblatt in Spekulationen über erneute französische Expansionsabsichten am Rhein. Sie warnte Napoleon davor, die Deutschen entlang der Konfessionsgrenzen zu spalten; dahinter schien das Kalkül zu stehen, ein solcherart geschwächtes Deutschland besser anzugreifen zu können.²⁵ Hier zeigte sich, daß sich auch der katholische Blickwinkel mehr und mehr vom nationalistischen Sog dieser Jahre mitreißen ließ; die akute Kriegsangst mobilisierte die Erinnerung an die Kriegskatastrophen des Napoleonischen Zeitalters und war geeignet, die konfessionellen Unterschiede zurückzustufen. Diesen Trend trugen an vorderster Front die Sängervereine mit. Der Grundtenor war, daß die nationale Einheit über alle Standes- und Konfessionsgrenzen hinweg die höchste politische Maxime zu sein habe, dies vor allem mit Blick auf die außenpolitischen Herausforderungen, die als sehr schwerwiegend empfunden wurden.

Paderborner Sänger im Kulturkampf: ein mißlungener Spagat zwischen „vaterländischem“ Empfinden und „ultramontaner“ Parteinahme

Nach der Reichsgründung hielten auch die Paderborner Sänger das Gesangsrepertoire aus der Kampfzeit der Nationalbewegung lebendig, vor allem den kampfbetonten vaterländischen Treue- und Opfergedanken. Vom nationalgeschichtlichen Wendepunkt der Befreiungskriege bis zum deutsch-französischen Krieg schien eine heilsgeschichtliche Inkubationszeit gereicht zu haben, die mit der Vollendung des nationalen Aufbauwerks durch den Hohenzollern-Kaiser endete. Der deutsche Kaiser schien die nationalen Visionen des Bürgertums wahrgemacht zu haben. Von der nationalen Einigung versprachen sich die nationalliberal denkenden Sänger durchschlagende gesellschaftliche Fortschritte. In der nationalen Einigung erblickten sie die Existenzbasis der Deutschen, und die Bewahrung dieser Existenzgrundlage deuteten sie als religiös begründete Pflicht.

Auch unter den Bedingungen des Kulturkampfes blieb nationalreligiöses Denken in der gehobenen Bürgerwelt Paderborns lebendig. Als die Paderborner Liedertafel im Frühjahr 1871 eine Fastnachtsveranstaltung in eine patriotische Feier umwidmete, obendrein mit patriotischen Liedern an der örtlichen Friedensfeier mitwirkte und schließlich 1872 im Festzug der ersten Paderborner Sedanfeier mitmarschierte, tat sie mit solchen Aktivitäten ihre ‚vaterländische‘ Gesinnung kund.²⁶ Die Beteiligung an der Sedanfeier wog um so mehr, als bereits zu diesem Zeitpunkt der Kulturkampf zwischen Staat und Kirche ausgebrochen war und dieselben nationalliberalen Kräfte, die reichsweit die Sedanfeiern ausrichteten, zugleich auch die treibende Kraft der Jesuitenverfolgung waren. Glaubenstreue Katholiken hätten sich wohl kaum bereitgefunden,

²⁵ Westfälisches Kirchenblatt vom 28.3.1860, S. 103; 23.5.1860, S. 164f.

²⁶ Die ersten 50 Jahre der Paderborner Liedertafel (wie Anm. 4), S. 24ff.

sich mit den erbitterten Gegnern ihrer Kirche in einem Festzug zusammenzufinden. Von der Jesuitenverfolgung ließ sich die örtliche Liedertafel ebensowenig beeindrucken wie von der rabiaten staatlichen Verfolgung der katholischen Kirchenführer, die in den Jahren 1873–76 mehrere Höhepunkte erlebte. Selbst 1875, als der Kulturkampf seinen Gipfelpunkt erreichte, setzte die Liedertafel ein deutliches ‚vaterländisches‘ Zeichen, indem sie die Wiederaufnahme in die Vereinigten Norddeutschen Liedertafeln beantragte, nachdem sie sich 1865 aus diesem Verband zurückgezogen hatte, weil sie sich Auftritte auf Sängerfesten nicht mehr zugetraut hatte und die Festorte zu weit entfernt lagen.²⁷ Das Wiederaufnahmegesuch von 1875 zog automatisch den Beitritt zum Deutschen Sängerbund nach sich, der im Kulturkampf als Stütze des staatstragenden Nationalliberalismus zu den entschiedenen Gegnern des „ultramontanen“ Katholizismus zählte.²⁸ (Das Etikett „ultramontan“ war ein Kampfbegriff der Liberalen, mit dem sie papsttreue Katholiken als rückständig und national unzuverlässig abwerteten.) Auch eine Sängerfahrt zum Hermannsdenkmal im Jahre 1876 läßt sich als symbolischer Akt deuten: Dahinter verbarg sich das öffentliche Bekenntnis zur „deutschen“ Abwehr „romanischer“ Einflüsse, zu denen man im damaligen nationalpolitischen Diskurs auch die Römische Kirche zählte.²⁹ Auch zu dieser Zeit bestand die Paderborner Liedertafel größtenteils aus Katholiken. Bezeichnend ist, daß die Paderborner Männerchorsänger auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes die Wiedereingliederung in das reichsweite „vaterländische“ Verbandswesen der Männergesangsvereine betrieben und dafür auch den Aufwand des Probesingens auf dem Sängerfest der Norddeutschen Liedertafeln auf sich nahmen, statt sich an ihrem Wohnort für die bedrängte Bischofskirche zu engagieren.

Als 1876 katholische Mitglieder aus der Liedertafel austraten und den Konkurrenzverein „Sängerbund“ gründeten, taten sie dies nur widerwillig und nur auf äußeren Druck hin.³⁰ Bis zum Sommer 1876 hatten sie über den Gegensatz zwischen dem nationalreligiösen Geist ihres Vereins und dem papsttreuen Selbstverständnis ihrer bedrängten Kirchenführer lieber hinweggeschaut; jedenfalls hatten sie keinerlei Veranlassung gesehen, aus der Liedertafel auszutreten und im Konflikt zwischen Nationalstaat und supranationaler Kirche für die Kirche Partei zu ergreifen. Erst als es 1876 vereinsintern zu einer antipäpstlichen Provokation kam und die örtliche katholische Presse diesen Vorfall hochspielte, kehrten die kirchentreueren Vereinsmitglieder ihrem Verein widerwillig den Rücken. Der Vorfall hatte darin bestanden, daß ein ehemaliges protestantisches Mitglied der Liedertafel anlässlich eines Besuchs in Paderborn im Kreise seiner ehemaligen Sangesbrüder die Meinung geäußert hatte, daß er die Paderborner

²⁷ Die ersten 50 Jahre der Paderborner Liedertafel (wie Anm. 4), S. 21f.

²⁸ Hundert Jahre Paderborner Männergesangsverein (wie Anm. 12), S. 21.

²⁹ Ebd., S. 34.

³⁰ Margit Naarmann, Die Bischofsstadt Paderborn im Kulturkampf 1871–1882, Paderborn 1992, S. 56ff.; Klenke (wie Anm. 1), S. 153ff.

Katholiken für so aufgeklärt halte, daß man mit ihnen sogar ein „Pereat“ auf den Papst ausrufen könne.³¹ Auf diese launige Bemerkung hin hatte sich zunächst keinerlei Protest geregt; erst als das „Pereat“ infolge einer Indiskretion dem katholisch orientierten „Westfälischen Volksblatt“ zu Gehör kam, glaubten nolens volens einige Mitglieder ihrem Verein den Rücken kehren zu müssen. Gleichwohl blieb in der Liedertafel eine beachtliche Anzahl von Katholiken zurück, die größtenteils zur alteingesessenen Paderborner Honoratiorenschicht zählten.³² Bei dem Provokateur und ehemaligen Mitglied handelte es sich um den protestantisch und nationalliberal gesinnten Richter Kolkmann, von dem die Vereinsbrüder seit langem gewußt haben dürften, daß er gegenüber der katholischen Kirche vor Ort eine feindselige Haltung einnahm. Immerhin hatte Kolkmann bereits 1868 eine kritische Studie über die Diözese Paderborn veröffentlicht und vermutlich ging auch auf ihn ein 1873 im Berliner „Kladderadatsch“ veröffentlichtes Spottgedicht auf den Paderborner Kulturkampf-Bischof Konrad Martin zurück.³³ Darin wurde der Widerstand des Bischofs gegen die Kulturkampfgesetze und dessen persönliche Opferbereitschaft als unehrlicher religiöser Bekennermut verspottet, hinter dem sich die niederen Motive der Geltungssucht und Habgier zu verbergen schienen. Indem die Liedertafler selbst auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes ihrem ehemaligen Vereinsbruder Kolkmann respektvoll bis freundschaftlich begegneten, machten sie deutlich, daß sie sich aus dem unseligen Konflikt zwischen Kirche und Staat lieber heraushalten und am liebsten beides, Katholizismus und nationale Gesinnung, versöhnt sehen wollten. Einerseits wollten sie ihrer christlichen Religiosität keineswegs abschwören, andererseits aber fühlten sie sich geschmeichelt, als ihnen ihr ehemaliger Vereinsbruder Kolkmann mehr Nationalgeist und Liberalität bescheinigte, als das durch den Kulturkampf klischeehaft verfestigte Bild vom „schwarzen“ Paderborn erwarten ließ. Zur Verbreitung dieses Klischeebildes trugen vor allem die nationalliberalen Medien bei, die sich als Speerspitze des Kulturkampfes begriffen.

Bemerkenswerterweise erklang auch im neuen Gesangverein „Sängerbund“, den 1876 die stärker kirchengebundenen Katholiken gründeten, keinerlei Liedgut, das den katholischen Abwehrstandpunkt offensiv zum Ausdruck gebracht hätte, auch nicht unmittelbar nach der Abspaltung. Auch sonst war an keiner Stelle von einer spezifisch

³¹ Protokoll der Generalversammlung der Paderborner Liedertafel vom 24.7.1876, in: StA Paderborn, V 19/4. [Pereat (lat.) = Er möge zugrunde gehen.]

³² Verzeichnis sämtlicher Liederbrüder der Paderborner Liedertafel mit Ein- und Austrittsdatum, in: Die ersten 50 Jahre der Paderborner Liedertafel (wie Anm. 4); Bestand: Einwohnerkarteien der Stadt Paderborn, in: StadtA Paderborn. Für mindestens zehn der zurückbleibenden Liedertafel-Mitglieder ist die katholische Konfessionszugehörigkeit zweifelsfrei nachzuweisen; sie gehörten mehrheitlich der gehobenen Bürgerschicht an, in der die nationalliberale Orientierung auch während des Kulturkampfes nicht verloren ging.

³³ Naarmann (wie Anm. 30), S. 32; Hannelore Noack, Unbelehrbar? Antijüdische Agitation mit entstellten Talmudzitaten; antisemitische Aufwiegelung durch Verteufelung der Juden, Paderborn 2001, S. 129f.

katholischen Sicht die Rede. Mit anderen Worten: Es fehlte eine klare Parteinahme für die bedrängte Kirche vor Ort. Wenige Monate nach der Neugründung erklang in einem Konzert des „Sängerbundes“ in bewährter vaterländischer Tradition „Das deutsche Lied“ von Kalliwoda.³⁴ Dort verspürte die „Brust“ ein „heilig Drängen“, wenn es galt, für das „deutsche“ Vaterland einzutreten. Opfergeist im religiösen Sinne verband sich dort allein mit dem Vaterland, und das Lied ließ keinen Zweifel daran, daß es als religiöses Gebet zu begreifen war, das „auf Andachtsschwingen“ den vaterländischen, nicht aber den katholischen Geist Gott nahebringen wollte.³⁵ Diese nationalreligiöse Botschaft läßt sich als indirekte, dennoch aber klare Parteinahme für den religionspolitischen Primat des Nationalstaates im Machtkampf mit dem supranationalen Heilsanspruch der Papstkirche deuten. Unübersehbar griff der „Sängerbund“ 1883 auch den Gedanken einer vaterländischen Heilsgeschichte wieder auf, als er ein damals deutschlandweit beliebtes Chorwerk mit dem Titel „Barbarossa“ aufführte.³⁶ Der Text griff die Kyffhäuser-Sage auf. Friedrich Barbarossa personifizierte dort den heilsgeschichtlichen Glauben an den deutschen Wiederaufstieg. Ungeduldig im Kyffhäusergebirge wartend, blickte Kaiser Barbarossa der Wiedergeburt des Deutschen Reiches entgegen und forderte von seinen Nachfahren, nach außen machtbewußt aufzutreten.

Die vergleichsweise gute Quellenlage zu den Paderborner Vereinsverhältnissen zeigt eindrücklich, daß sich selbst die kirchennahen Katholiken unter den Paderborner Sängern aus der Konfrontation zwischen Klerus und Staat heraushielten und daß diese Kreise ihre angestammte Kirche vor dem beeindruckenden Hintergrund des nationalen Aufstiegs nur zu gern in ihr nationalreligiöses Weltbild integriert gesehen hätten, gleichsam als eine Art Nationalkirche. Als der Kulturkampf abflaute, kehrten sie ihre nationalreligiösen Denktraditionen um so freudiger heraus, d. h. die Neigung, das Deutsche Kaiserreich heilsgeschichtlich als Zielpunkt des göttlichen Weltenplans zu überhöhen. Auch wenn sie katholisch blieben, so tat sich doch eine wachsende Kluft auf: auf der einen Seite die überkommene religiöse Ritualwelt und der transnationale Heilsanspruch des Papsttums, und auf der anderen Seite die fortschreitende nationalreligiöse Integration in das kleindeutsche Kaiserreich. Im Lichte dieses Zwiespaltes wur-

³⁴ Abend-Unterhaltung des Paderborner Sängerbundes vom 29.11.1876, in: StadtA Paderborn, V 19/17.

³⁵ Partitur von „Das deutsche Lied“, komp. von Johann Wenzel Kalliwoda, in: Volksliederbuch für Männerchor (wie Anm. 8), Bd. 2, S. 10ff.

³⁶ Stiftungsfest des Sängerbundes (Paderborn) vom 16.10.1883, in: StadtA Paderborn, V 19/17. Vgl. auch: Männerchor „Barbarossa“, nach einem Gedicht von E. Geibel, komp. von F. Jakobs, Textabdruck, in: Festbuch: 1. Westfälisches Provinzial-Sängerbundesfest in Dortmund, 3. und 4. Juli 1910, S. 14, 21.

de die katholische Ritualpraxis zu einer leeren Hülse, in der der transnationale Kern des Glaubensverständnisses mehr und mehr verblaßte.³⁷

Unbefriedigend ist die Überlieferung zu den zwei um 1870 gegründeten Gesangsvereinen. Wie sich die beiden, der MGV „Eintracht“ und der MGV „Gutenberg“, während des Kulturkampfs verhalten haben, läßt sich nicht mehr rekonstruieren. Erst für die Wilhelminische Ära wird die Überlieferung dichter. In dieser Zeit ähnelten auch diese Vereine den älteren Sängervereinen sehr stark. Auch ihr Gesangsrepertoire zeigte im Hinblick auf politisch-weltanschauliche Botschaften einen ähnlich vaterländischen Einschlag wie das der „Liedertafel“ und des „Sängerbundes“. Vor dem I. Weltkrieg gehörten „Eintracht“ und „Gutenberg“ dem „Ostwestfälischen Sängerbund“ an; das war ein Sängerverband mit Sitz in Soest, der sich überkonfessionell als „deutscher“ Verband verstand.³⁸

Sehr gut läßt sich das Wirken des MGV „Liederkrantz“ rekonstruieren;³⁹ er ging 1893 aus einer Gruppe ehemaliger Kirchenchorsänger hervor, verlor aber sehr rasch sein konfessionelles Profil. Bereits auf dem Stiftungsfest von 1895 nahmen die damals reichsweit populären „Altniederländischen Volkslieder“ großen Raum ein;⁴⁰ besungen wurde dort der vaterländische Opfer- und Kriegergeist der protestantischen Niederlande, die sich im 16. Jahrhundert von der spanischen Herrschaft losgesagt hatten. Die Gründungsgeschichte der Niederlande hatte sich vor 1870 für die deutsche Nationalbewegung als attraktiv erwiesen, weil sie sich als nationales Vorbild propagandistisch gut verwerten ließ. Aus der gesanglichen Würdigung dieser historischen Geschehnisse sprach eine deutlich nationalreligiöse Weltsicht, die sich mit einem spezifisch katholischen Traditionsbewußtsein kaum vertrug. Alles in allem waren die Bekenntnisanteile im Auftrittsrepertoire des „Liederkranzes“ geradezu typisch für die nationalreligiöse Männerchorliteratur im Deutschen Reich. Zum Beispiel brachte das Stiftungsfest von 1911 den Teilnehmern die „heilige Erde“ des „deutschen Vaterlandes“ nahe, die mit „Heldenblut getauft“ sein sollte.⁴¹ Hier klang unübersehbar der Opfer- und Märtyrermithos des deutschen Nationalgedankens an. Bezeichnend ist, daß selbst ein Auftritt des Liederkranzes für den „Volksverein für das katholische Deutschland“ das übliche

³⁷ Diese Vermutung bestätigt auch die Studie von Barbara Stambolis, *Religiöse Festkultur. Tradition und Neuformierung katholischer Frömmigkeit im 19. und 20. Jahrhundert: Das Liborifest in Paderborn und Kilianifest in Würzburg im Vergleich*, Paderborn 2001.

³⁸ Vgl. *Ostwestfälischer Sängerbund. Sitz Soest, Festbuch zum 2. Sängerbundesfest, 11.6.1911 in Paderborn; Protokollbuch des Männergesangsvereins (=MGV) Eintracht*, in: StadtA Paderborn, V 20/1.

³⁹ Vgl. die Zusammenstellung von Konzertprogrammen und Auftrittsveranstaltungen ab 1894, in: StadtA Paderborn, V 20/66.

⁴⁰ Programm des 2. Stiftungsfestes des MGV Liederkrantz vom 17.10.1895, in: StadtA Paderborn, V 20/66.

⁴¹ Gesang „Deutsche Burschen am Rhein“, komp. von E. H. H. Böhme, abgedruckt im Programm des Stiftungsfestes des Paderborner Liederkranzes vom 5.11.1911, in: StadtA Paderborn, V 20/66.

vaterländische Repertoire enthielt und jeden spezifisch katholischen Bezug vermissen ließ.⁴²

Sänger und wilhelminischer Reichsnationalismus

Als nach Bismarcks Entlassung die glücklose Außenpolitik des Reiches mehr und mehr einen Eindruck von Stillstand vermittelte, mobilisierten auch die Paderborner Sänger sehnsüchtig die Erinnerung an die Zeiten des vaterländischen Aufbruchs, in denen die Deutschen kriegerische Tatkraft bewiesen hatten. Auch die Sänger nahmen die Mißerfolge bei der überseeischen Expansion zum Anlaß, sich an einem dramatisierenden nationalen Selbstbehauptungsdiskurs zu beteiligen und machtvolles Auftreten im imperialen Wettstreit zu einer nationalen Existenzfrage hochzuspielen. Diese Neigung machte auch vor dem katholisch geprägten Paderborner „Sängerbund“ nicht Halt. Auch er fühlte sich vom schriller werdenden Selbstbehauptungsdiskurs und von der auftrumpfenden machtpolitischen Rhetorik der Wilhelminischen Ära angesprochen. Symptomatisch dafür war die Aufführung des „Siegesgesangs der Deutschen nach der Hermannschlacht“ im Jahre 1894. Dieses Chorwerk endete mit der gebetsartigen Bitte: „Heil dem Helden Armin, auf den Schild hebt ihn! Zeigt ihn den unsterblichen Ahnen! Solche Führer wie er, gib uns, Wodan mehr, und die Welt gehört den Germanen.“⁴³ Solche Gesänge, die die Erinnerung an die sogenannte „Hermannschlacht“ lebendig hielten und germanische Götterwelten beschworen, enthielten die versteckte Botschaft, daß den Deutschen im Wettstreit der Kolonialmächte der erste Platz zustehe. Als die Reichsregierung imperialistische Visionen dieser Art in den Marokkokrisen von 1905 und 1911 aufs Ärgste enttäuschte, erwachsen daraus Aggressionen und Einkreisungsängste, die um so mehr nach dem Tatkraft-Heroismus früherer Kriegsepochen rufen ließen. Diese Art der vaterländischen Mobilisierung erlebte in Paderborn anlässlich des ostwestfälischen Sängerfestes von 1911 einen Höhepunkt. Die Sänger stimmte bereits die Begrüßungsfeier auf die gereizte außenpolitische Stimmungslage ein. Von Germania war die Rede, die am Rhein stehend „frisch“ ihr „Schwert“ ziehen sollte, um sich gegen die Franzosen zu verteidigen, denen hier die Rolle des Aggressors zugeschrieben wurde.⁴⁴ Das Konzertprogramm nahm darauf Bezug, indem es mit Gesängen aus den Befreiungskriegen das vaterländische Kämpfer- und Heldenpathos dieser Epoche mobilisierte.⁴⁵ Die aufgeregte Stimmungslage nach 1900 ließ die deutsche Kriegsgeschichte wieder so lebendig werden, daß sich der 1914 ausbrechende Weltkrieg nahtlos

⁴² Programm eines Familien- und Volksbildungsabends des Volksvereins für das katholische Deutschland vom 20.11.1912, in: StadtA Paderborn, V 20/66.

⁴³ Siegesgesang der Deutschen nach der Hermannschlacht, vierstimmiger Männerchor nach einem Gedicht von Felix Dahn, komp. von Franz Abt, Leipzig o. J.; Bericht über das Stiftungsfest des Paderborner Sängerbundes vom 24.10.1894, in: StadtA Paderborn, V 19/8.

⁴⁴ Festbuch zum 2. Sängerbundesfest, am So., den 11. Juni 1911 auf dem Schützenhofe zu Paderborn, hg. vom Ostwestfälischer Sängerbund. Sitz Soest, Broschüre.

⁴⁵ Ebd.

in die Kontinuität der deutschen Geschichte einreichte. Ein weiteres Mal bewährte sich der Gesang als Träger heilsgeschichtlicher Botschaften, der die transnationale katholische Perspektive weiter zurückdrängte.

Am Vorabend des Weltkrieges war in den Entäußerungen der Paderborner Sängervereine von einer spezifisch katholischen Gottesvorstellung nichts mehr zu vernehmen. 1912 besang selbst der „Sängerbund“ ausdrücklich den „deutschen Gott“.⁴⁶ Insofern wird man auch für die Wilhelminische Epoche die These von der katholischen Resistenz gegenüber nationalreligiöser Staatsvergötzung mit einem dicken Fragezeichen versehen müssen. Das trifft auch auf die Paderborner Männergesangvereine zu. Offenbar war der Prozeß der nationalreligiösen Umformung seit den Tagen der Nationalbewegung so weit fortgeschritten, daß es auch unter den Bedingungen des Kulturkampfes zu keiner durchgreifenden Rekatholisierung des Bewußtseins mehr kommen konnte.

Der Anti-Versailles-Revisionismus als oberster Bezugspunkt der Paderborner Sänger-Identität

Nach dem militärischen Zusammenbruch von 1918 erlebte die Rückbesinnung auf die deutsche Vergangenheit im politisch zerklüfteten Weimarer Staat eine außergewöhnliche Hochkonjunktur, auch in Paderbörn. Im Schatten der Kriegsniederlage wurde die Sehnsucht nach nationaler Einigkeit und nach einer außenpolitisch selbstbewußt auftretenden Staatsführung fast übermächtig. Gegen die mißliche, als erniedrigend empfundene Gegenwart mobilisierte man alles, was in der deutschen Geschichte Anlaß zu Stolz gab und nach heroischer Größe aussah. Die Geschichte wurde zu einer Kampf- waffe gegen Versailles und gegen die Weimarer Regierungen, die sich aus der Warte der vaterländischen Vereine gegenüber den Siegermächten allzu willfährig zeigten.

Auch die Paderborner Sänger begriffen ihren Gesang als nationales Widerstandssymbol.⁴⁷ Das „deutsche Lied“ sollte in einer „Zeit tiefster Erniedrigung“ helfen, den Siegermächten Widerstand zu leisten. Zum Beispiel zählte auf den Vereinsabenden des „Paderborner Männergesangvereins“ das Chorlied „Lützows wilde Jagd“ zu den beliebtesten Gesängen.⁴⁸ Von Carl Maria von Weber stammend, erinnerte es mit drängender Jagdhorn-Melodik an das Lützower Freikorps im Kampf gegen Napoleon. In der aktuellen Situation sollte es den Kampfgeist gegen die Versailler Nachkriegsordnung wachhalten.

⁴⁶ Vgl. „Lied für die Deutschen in Lyon“, von F. Mendelssohn Bartholdy, in: Programm des 36. Stiftungsfestes des Paderborner Sängerbundes am 25.11.1912, in: StadtA Paderborn, V 19/9.

⁴⁷ Festgedicht zu Ehren des neuen Paderborner Männergesangvereins im März 1919, in: V 19/6.

⁴⁸ Z. B. wurde „Lützows wilde Jagd“ in den Vereinsversammlung des Paderborner Männergesangvereins vom 10.4.1922 und vom 14.6.1926 gesungen, in: StadtA Paderborn, V 19/6; vgl. die Partitur, in: Volksliederbuch für Männerchor (wie Anm. 8), Bd. 1, S. 613f.

Gern bezogen sich die Sänger auf Gedenkanklässe, die deutsche Größe in Erinnerung riefen, etwa auf den Reichsgründungstag und auf Bismarcks Geburtstag. So sollte ein „zweiter Bismarck“ Deutschland zu neuer Größe verhelfen, immerhin derselbe Bismarck, der die katholische Kirche im Kulturkampf scharfer Verfolgung ausgesetzt hatte.⁴⁹ Bezeichnenderweise spielte letzteres im Traditionsbewußtsein der Paderborner Sängervereine keine Rolle mehr. Als 1920 die alliierte Forderung, führende Vertreter des kaiserlichen Deutschlands als „Kriegsverbrecher“ auszuliefern, die Wogen der nationalen Erregung hochgehen ließ, sprach der Liedervater des „Paderborner Männergesangsvereins“ von der „Auslieferungsschmach“ und setzte durch, daß „zum Zeichen der Trauer“ ein kurz bevorstehendes Vereinsfest ausfiel.⁵⁰ Um dem Widerstandsgest auch gesanglich Ausdruck zu verleihen, probte man in den folgenden Monaten das aus der Rheinkrise von 1840 stammende Lied „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein“. Symbolisch sinnfällig unterstrich der Text die Weigerung, dem Auslieferungsverlangen nachzukommen. Indem man mit diesem Lied eine Analogie zwischen der Rheinkrise von 1840 und der aktuellen Konfliktlage konstruierte, bekräftigte man die Anschauung, daß der nationale Abwehrkampf rein defensive Züge trug wie seinerzeit die Rheinliedbewegung. Damit festigte sich auch die Überzeugung, daß die deutsche Kriegspolitik im Weltkrieg nur der Verteidigung des Vaterlandes gedient habe.⁵¹ Diese Haltung hob man in den Rang eines unumstößlichen Glaubenssatzes, wonach die Deutschen sich gegen herrschsüchtige und übelwollende Nachbarn verteidigt hatten.

Auch unpolitisch anmutende Geselligkeitsanlässe standen nicht selten im Bann der nationalpolitischen Großwetterlage. So ließ 1921 der Liedervater des „Paderborner Männergesangsvereins“ unter dem Eindruck des oberschlesischen Abstimmungskampfes eine Fastnachtsfeier unterbrechen, um inmitten ausgelassener Tänzer zu einer Spendensammlung zur Unterstützung der Oberschlesier aufzurufen.⁵² Als kurz darauf das Ergebnis der Sammlung bekanntgegeben wurde, stimmte die versammelte Festgesellschaft „spontan“ das Deutschlandlied an. Während des Ruhrkampfes von 1923 wirkten sämtliche Paderborner Männergesangsvereine zusammen, um ein Benefizkonzert für die „Ruhrspende“ auszurichten.⁵³ Symbolisch bedeutsam war, daß man das Konzert mit dem altbekannten Chorwerk „Barbarossa“ ausklingen ließ; das war ein Sehnsuchtsappell, für die innere Einheit und für einen machtvollen Wiederaufstieg zu

⁴⁹ Protokoll des Vereinsabends des Paderborner Männergesangsvereins vom 26.1.1920 u. 3.4.1922, in: StadtA Paderborn, V 19/6; Festschrift 100 Jahre Paderborner Männergesangsverein (wie Anm. 12), S. 34.

⁵⁰ Protokoll der Vereinsversammlung vom 9.2./8.3./10.5.1920, in: StadtA Paderborn, V 19/6.

⁵¹ Vereinsabend des Paderborner MGV vom 10.4.1922, in: StadtA Paderborn, V 19/6.

⁵² Protokoll der Vereinsversammlung des Paderborner Männergesangsvereins vom 3.2.1921, in: StadtA Paderborn, V 19/6.

⁵³ Konzert der vereinigten Männer-Gesangsvereine der Stadt Paderborn am 23.3.1923, Programmheft, in: StadtA Paderborn, V 19/9.

kämpfen. (siehe Abb. 4) Widerstand gegen Versailles erschien hier als vaterländische Pflicht ganz im Sinne überkommener nationalreligiöser Verstellungen. Wiederholt beschworen die Chorwerke der Sänger das Vermächtnis derjenigen, die für die Nation im Weltkrieg ihr Leben geopfert hatten.⁵⁴ Dieser Opfergang hatte als Vorbild zu gelten, auch im Hinblick darauf, daß gegebenenfalls ein Krieg zur Liquidierung der Versailler Ordnung zu führen war. Bei den Sängern verformte in diesen Jahren die nationale Perspektive den transnationalen Anspruch des Katholizismus bis zur Unkenntlichkeit.

Naive Unterordnung der Paderborner Sänger unter das Gleichschaltungsdiktat des nationalsozialistischen Staates

Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise wurde der Ruf nach sozialem Frieden und nach einer erlösenden Führungsgestalt übermächtig. Obwohl die Paderborner Sänger eher nationalkonservativ als nationalsozialistisch dachten, stellten sie sich 1933 recht schnell auf die neuen Machtverhältnisse ein. Ihr nationalreligiöser Traditionalismus vermochte die Phase der Machtergreifung zu überdauern. Dies war nicht weiter verwunderlich, weil es im Hinblick auf vaterländisches Traditionsgut weitgehend Übereinstimmung zwischen den Sängern und den neuen Machthabern gab. Erinnerungswürdig blieben wie eh und je die heroischen Stationen der nationalen Heilsgeschichte. Zum Beispiel wurde im Juni 1933 auf einem Paderborner Sängerfest Germaniens Sieg in der vielbesungenen Hermannsschlacht gefeiert.⁵⁵ Auch Leo Schlageter, der Märtyrer des Ruhrkampfes von 1923, blieb als Titelheld eines Männerchorwerks im Repertoire der Paderborner Sänger präsent. Er galt als „Heiliger“, der sich im Kampf für die nationale Erlösung aufgeopfert hatte.⁵⁶

Ohne Mühe wußten die Nationalsozialisten ihre fanatischen außenpolitischen Expansionsziele hinter der Klangkulisse einer tiefverwurzelten vaterländischen Gesangstradition zu verbergen. Die große Mehrheit der gleichgeschalteten Paderborner Sänger bemerkte nicht, daß sie mit der Beschwörung des vaterländischen Opfergeistes für das Ziel eines sozialdarwinistisch und rassistisch motivierten Eroberungs- und Ausrottungskrieges instrumentalisiert wurden. Die scheinbar vertraute Rückbesinnung auf die heroische Nationalgeschichte wurde zu einer defensiv wirkenden Fassade, hinter der die Nationalsozialisten ihre weitergehenden Ziele unbemerkt weiterverfolgen konnten.

Auch Jahre nach der Gleichschaltung boten die Sängervereine noch ein eher traditionalistisches Bild. Aber es gab charakteristische Abweichungen: Zum einen nahmen

⁵⁴ Männerchor „Volk“, dargeboten auf der Paderborner Verfassungsfeier am 11.8.1932, in: StadtA Paderborn, V 20/14.

⁵⁵ Festkonzert anläßlich des 40jährigen Jubiläums des Liederkranzes Paderborn im Juni 1933, Programmübersicht, in: StadtA Paderborn, V 20/23.

⁵⁶ Gemeint ist das Männerchorwerk „Schlageter“, komp. von Bernhard Gewaltig, in: Geschäftsbericht des Liederkranzes Paderborn vom 20.9.1933–21.1.1934, in: StadtA Paderborn, V 20/4

Konzert

der vereinigten Männer-Gesangvereine der Stadt Paderborn
unter Mitwirkung der Kapellen des Reiter-Regiments 15
und des 1. Bataillons Infanterie-Regiments 18
am Freitag den 23. März 1923 abends 8 Uhr
in der Volkshalle
zugunsten der Ruhespende.



Program m.

1. Ouvertüre zur Oper „Freischütz“ C. M. v. Weber
Leitung: Herr Musikmeister Gerlach
2. Von Freiheit und Vaterland E. M. Rindt
M.G.V. „Eintracht“ — Herr Musiklehrer Dirks
3. Sturm Meitmann
M.G.V. „Frohinn“ — Herr Obermusikmeister a. D. Richter
4. Normanns Sang Friedr. Küchen
M.G.V. „Gutenberg“ — Herr Seminarlehrer Kruse
5. Zwei Sätze aus der Symphonie Nr. 11 Haydn
a) Allegretto
b) Menuetto
Leitung: Herr Musikmeister Gerlach
6. Ewig liebe Heimat Simon Brey
Sänger-Vereinigung „Jahn“ — Herr Gymnasiallehrer Steege
7. Rudolf von Werdenberg Fr. Hegau
M.G.V. „Liederkranz“ — Herr Musikdirektor Gewaltig
8. Sturmbeschwörung Joh. Düvener
„Paderborner M.G.V.“ — Herr Gymnasial-Musiklehrer Viehsues
9. Barbarossa. Chor mit Orchester J. Jacobs
Leitung: Herr Gymnasiallehrer Steege.

Der Reinertrag auch der dieser Programme ist zugunsten der Ruhespende
bestimmt.

Gesänge, die soldatische Opferbereitschaft für das deutsche Vaterland besangen, umfangmäßig stark zu, und zum zweiten wurde der „Führer“ in einigen Gesängen als Verkörperung des „deutschen Glaubens“ gepriesen.⁵⁷ Aber nur sehr vage wurde die Gefolgschaftstreue gegenüber dem „Führer“ umschrieben. Jedenfalls wurde er in Paderborn nicht ausdrücklich als Werkzeug Gottes gepriesen, wie dies andernorts geschah.

Nur sehr gebrochen schlug nach der Gleichschaltung die antisemitische Stoßrichtung durch. Diesbezüglich hatte sich vor 1933 das nationalreligiöse Geschichtsbild der Paderborner Sänger konsequent über kirchlich-konfessionelle oder rassistische Gesichtspunkte hinweggesetzt. Auch nach 1918 hatten sie eine Repertoire-Tradition fortgeführt, die weiterhin Felix Mendelssohn Bartholdy als deutschen Männerchorkomponisten hoch einstuftete. Man dachte kultureltnationalistisch im Sinne einer deutschen Sprachgemeinschaft, nicht im Sinne einer rassistisch-völkischen Gemeinschaft. Zu wenig waren die Paderborner Sänger an der konfessionellen Herkunft ihres geliebten Mendelssohn Bartholdy interessiert; ans Herz gewachsen war ihnen der Tonmeister des „deutschen Gemüts“, was sie u. a. durch das häufige Erklingen seiner berühmten Waldhymne bekundeten.⁵⁸ Dort offenbarte Gott ein inniges Verhältnis zum „deutschen Wald“ als Symbol der deutschen Identität. Der Traditionalismus der Paderborner Sänger hatte in der NS-Zeit einen ausgeprägt kultureltnationalistischen Einschlag; Elemente eines katholischen Konservatismus zeigten sich in diesen Jahren genauso wenig wie schon zu Zeiten der Weimarer Republik.

Nach 1945:

Bundesrepublikanische Modernisierung statt Rekonfessionalisierung

Nach 1945 gaben sich die Paderborner Sängervereine zunächst noch betont vaterländisch.⁵⁹ Aber ihre nationaldeutsche Gesinnung rückte nicht mehr die heroisch-kriegerischen Seiten der Nationalgeschichte und den Wunsch nach glanzvoller Machtstaatlichkeit in den Vordergrund, sondern das Totengedenken, den Wunsch nach Wiederaufbau und staatlicher Souveränität und die Wiedervereinigung. Erst nach 1960 traten die „vaterländischen“ Traditionsüberhänge endgültig den Rückzug an. Die treibende Kraft war hier der Generationenwechsel.

Eine große Rolle spielte bis in die sechziger Jahre das Gefallenengedenken. Im Vordergrund stand dabei eine nationaldeutsche Opferperspektive. Die Täter-Opfer-

⁵⁷ Musikalische Feierstunde am 7.11.1937 zum 40jährigen Chormeister-Jubiläum des Herrn Bernhard Gewaltig und 45. Gründungsfest des MGv „Liederkranz“ in Paderborn: Gesang „Für Deutschland“ und „Fackelträger“, komp. von Hermann Grabner, in: StadtA Paderborn, V 20/24.

⁵⁸ Z. B. wurde Mendelssohns „Wer hat dich, du schöner Wald“ auf den Vereinsabenden des Paderborner Männergesangsvereins am 2.6.1919 und am 2.7.1823 gesungen, in: StadtA Paderborn, V 19/6; vgl. die Partitur, in: Volksliederbuch für Männerchor (wie Anm. 8), Bd. 1, S. 414ff.

⁵⁹ Vgl. für die folgenden Ausführungen: Klenke, Westfälische Männergesangsvereine (Anm. 3), S. 141ff.

Doppelrolle der Kriegsgefallenen schrumpfte dabei in nationalistischer Blickverengung auf die Opferrolle. Das Empfinden, auch als Deutscher unter der NS-Diktatur stark gelitten zu haben, bekräftigte die Opferrolle und erschwerte einen selbstdistanzierten Blick auf die NS-Zeit.

Von fundamentaler Bedeutung war, daß sich das Bedürfnis, der nationalen Katastrophe einen Sinn abzugewinnen, nach und nach von den überkommenen geschichtsphilosophischen Modellen einer nationalen Heilsgeschichte verabschiedete. Kaum mehr waren nach 1945 Stimmen zu vernehmen, die die Deutschen als auserwählte Gemeinschaft Gottes betrachteten, die es wert gewesen wäre, religiös aufgeladene Opferansprüche auf sich zu ziehen. Nunmehr orientierte sich die Programmauswahl, wenn es um höhere Sinnstiftung ging, zumeist an Glaubensvorstellungen, die christlich-universeller Natur waren und dabei konfessionelle Einfärbungen vermieden. Es ging in erster Linie um das Bedürfnis, nach den schrecklichen Erfahrungen der Vergangenheit wieder Lebensmut und Zukunftsoptimismus zu entwickeln. Weil sich nunmehr die Friedensperspektive des bundesdeutschen Staatswesens als attraktiver Zukunftsentwurf erwies, öffnete man sich mehr und mehr der Einsicht, daß nationalreligiöse Überheblichkeit und Engstirnigkeit für die Katastrophe des Weltkrieges mitverantwortlich war und daß es zur Verständigung über die nationalen Grenzen hinweg keine sinnvolle Alternative gab.

Seit Mitte der 50er Jahre wich die ernste und beschwerte Grundstimmung der Konzertprogramme einer gewissen Lockerheit.⁶⁰ Man begann aus dem Bann der Erinnerungen herauszutreten und machte sich als verheißungsvolle Leitidee die Öffnung nach Westen zu eigen.⁶¹ In den Programmen tauchten nunmehr Streifzüge durch die Volksliedkultur der europäischen Völker auf. Die fast ausschließliche Beschränkung auf deutsches Liedgut, Kennzeichen des Männergesangs von den Anfängen bis 1945, trat allmählich zurück.

Von kirchlichem Konfessionsdenken war in den Konzertprogrammen kaum etwas zu spüren, vielmehr trennte sich der Männergesang mehr und mehr von ideologischem Pathos und religiösen Inhalten. Fröhlich und geschichtsvergessen probte man mehr und mehr deutschsprachige Schlager, Songs aus dem amerikanischen Raum und allerlei fremdländische Folklore. Es gab nunmehr einen bunten Wechsel von locker-unbeschwerten Auftritten und von traditionsbewußter deutscher Volks- und Kunstliedpflege. In den frühen siebziger Jahren erreichte der traditionsvergessene Trend einen Höhepunkt: Bearbeitungen von Tanzmusik, Schlagern und Musicals erfreuten

⁶⁰ Gut verfolgen läßt sich dies am Beispiel der vollständig erhaltenen Konzertprogramme des Paderborner Männerchores, in: StadtA Paderborn, StA PB, V 20/67.

⁶¹ Herbstkonzert des „Liederkranzes“ Paderborn unter dem Motto „Zieh mit mir durch Europa“ am 5.11.1955, in: StadtA Paderborn, V 20/67.

sich ungekannter Beliebtheit.⁶² Englischsprachige Chorbearbeitungen, vorneweg „Glory, Glory Halleluja“ und „Swing Low“, trugen dazu bei, daß der Mythos des „deutschen Liedes“ mehr und mehr in Vergessenheit geriet.

Eine treibende Kraft des Mentalitätswandels war der schleichende Generationenwechsel. Er verdrängte die Traditionsorientierung mehr und mehr, soweit es um vaterländisch-nationale Gesinnungselemente ging. Wie erregt es zwischen den Generationen zugehen konnte, offenbarte in den späten sechziger Jahren ein Konflikt im „Paderborner Männergesangverein“ über das „Deutschlandlied“. Ein älterer Vereinsbruder nahm daran Anstoß, daß auf Basis eines neu anzuschaffenden Liederbuches nur noch die dritte Strophe als Nationalhymne gesungen werden sollte.⁶³ Als es darüber mit einigen jüngeren, juristisch gebildeten Sangesbrüdern zum Streit kam, wettete man um ein „Faß Bier“. Die Streitfrage war, ob nur die dritte Strophe dieses Liedes als bundesdeutsche Nationalhymne anerkannt sei oder alle drei Strophen. Als daraufhin eine Anfrage beim Bundesinnenministerium die Klärung des Sachverhaltes nicht voranbrachte, eskalierte der Streit so weit, daß ein jüngerer Sänger der Gegenseite vorhielt, daß sie sich mit ihrem Eintreten für das gesamte Deutschlandlied „verfassungsfeindliches“ Gedankengut zu eigen mache.⁶⁴ Ein abschließendes Meinungsbild zeigte dann, daß der ältere, am vaterländischen Traditionalismus orientierte Vereinsbruder mittlerweile auf verlorenem Posten stand. Dieser kurios anmutende Konflikt beleuchtet schlaglichtartig den Generationswandel der sechziger Jahre. Auf der einen Seite stand eine jüngere Generation, die eine an westlichen Freiheits- und Wohlstandswerten orientierte Nationalidentität ausgebildet hatte. Dem stand auf der anderen Seite eine ältere Generation gegenüber, die ihre an der vaterländischen Tugendwelt orientierte Nationalidentität in die westdeutsche Markt- und Wohlstandsmoderne hinüberretten wollte. Von konfessionellem Traditionsbewußtsein war auch weiterhin keine Rede, auch wenn die Vereine sich nach wie vor mehr oder minder stark am katholischen Festkalender orientierten und Karnevals- und Nikolausfeiern veranstalteten. Aber der katholische Bezug war eher ein äußerer Rahmen, als daß er ein erkennbares politisch-weltanschauliches Fundament gespiegelt hätte.

Die Jüngeren wollten seit den 1960er Jahren im Chorgesang vor allem künstlerische Ideen umgesetzt sehen und hatten für Vaterlandspathos nur noch abschätziges bis mitleidiges Lächeln übrig. Diese Jüngeren wollten nicht riskieren, inmitten von Fahnen, Standarten und Vaterlands-Rethorik zum „Spottobjekt“ der Gleichaltrigen zu werden. Sie hielten das Traditionsgut schlicht für überlebt.⁶⁵ Konzertantes Anspruchs-

⁶² Herbst-Libori 1973, Konzert aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der „Chorgemeinschaft Paderborn“ am 27. Oktober 1973, in: StadtA Paderborn, V 20/67.

⁶³ Bericht über das Aktivitasessen vom 16.10.1967, in: StadtA Paderborn, V 19/23.

⁶⁴ Vereinsversammlung vom 15.1.1968, in: StadtA Paderborn, V 19/23.

⁶⁵ Walter Weidmann, Aktuelle Probleme des Chorgesangs, in: Jahrbuch des Deutschen Sängerbundes, 1971, S. 32.

niveau begann ihre Erwartungen an den Chorgesang zu beherrschen, dies in deutlicher Anlehnung an das Leistungsdenken des Wirtschaftslebens. In Sängerfesten erblickten sie eher eine öffentlichkeitswirksame „Leistungsschau“ als eine Pflegestätte männerbündischer und traditionsorientierter Geselligkeit.⁶⁶ Der sich modern gebende Bundesbürger sah aus der Warte seiner sachbezogen kalkulierenden Berufsorientierung in der Gesangkunst mehr den allgemeinen Bildungsgedanken verwirklicht als spezifische Vereins- und Kirchentraditionen. Übermächtig wurde um 1970 das Bedürfnis, zur westlichen Moderne aufzuschließen und aus dem Sängertum eine Stätte der internationalen Begegnung und der musikalischen Leistungsschau zu machen. Seither verschwanden die vaterländischen Symboliken und Chorwerke aus dem Vereinsleben, und wo sie präsent blieben, nahmen sie musealen Charakter an. An die Stelle des überkommenen Nationalismus trat sentimentale Heimatpflege, aber kein wiederaufgefrischtes „schwarzes“ Konfessionsdenken.

⁶⁶ Willi Nöther, Ist ein DSB-Fest noch zeitgemäß und notwendig, in: Lied und Chor, Nr. 1, 1970, S. 2f.